



Landtag von Baden-Württemberg

115. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 19. März 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:50 Uhr

Mittagspause: 12:49 bis 14:18 Uhr

Schluss: 14:26 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	7099	2. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 – Drucksache 16/7833	
Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder des Notparlaments.	7099, 7119, 7120, 7121, 7122, 7123	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7892	
Antrag der Landesregierung auf Ergänzung der Tagesordnung	7099	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/7470	
Beschluss.	7099	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/7728	
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	7100	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 (AGZensG 2021) – Drucksache 16/7823	
Beschluss.	7100	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7893	
1. Antrag der Landesregierung – Feststellung einer Naturkatastrophe nach § 18 Absatz 6 Satz 2 LHO – Drucksache 16/7899	7100	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (Bildungszeitgesetzaufhebungsgesetz – BzGAufhG) – Drucksache 16/7045	
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	7100	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/78787	
Abg. Andreas Stoch SPD	7102	6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung (Ge-	
Abg. Bernd Gögel AfD	7105		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7108		
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	7110		
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	7112		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	7114		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	7115		
Beschluss	7116		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung).	7116		
Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung)	7117		
Beschluss.	7117		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung).	7117		
Beschluss.	7117		

setz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/7463	
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport – Drucksache 16/7891	
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/7779	
Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/7894	
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes – Drucksache 16/7895. (nicht behandelt)	
Nächste Sitzung	7118
Anlage 1	
Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Wahl weiterer stellvertretenden Mitglieder des Notparlaments	7119
Anlage 2	
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament	7120
Anlage 3	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament	7121
Anlage 4	
Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament	7122
Anlage 5	
Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament	7123

Protokoll

über die 115. Sitzung vom 19. März 2020

Beginn: 10:50 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 115. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind: Herr Abg. Behrens, Herr Abg. Binder, Herr Abg. Brauer, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Hentschel –

(Zuruf: Er ist doch da!)

– ja, bei mir war es so gemeldet; okay; schön, dass Sie da sind –, Herr Abg. Karrais, Herr Abg. Kenner, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Kleinböck, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Maier, Herr Abg. Marwein, Herr Abg. Nelius, Herr Abg. Palka, Frau Abg. Rolland, Herr Abg. Schoch, Herr Abg. Voigtmann, Herr Abg. Weber, Frau Abg. Wehinger und Frau Abg. Zimmer.

Sehr geehrte Damen und Herren, das heutige Plenum findet unter außergewöhnlichen Umständen statt. Wir müssen wichtige Entscheidungen treffen, damit unser Land flexibel auf die Coronapandemie antworten kann. Die Coronapandemie fordert uns als Gesellschaft, fordert uns alle. Ich bin aber zuversichtlich, dass unser starkes Gemeinwesen, dass wir alle diese Herausforderung mit Zusammenhalt und Solidarität meistern.

Gleichzeitig tragen wir alle hier im Plenarsaal, wie jede Bürgerin, wie jeder Bürger auch, die ganz konkrete Verantwortung, Ansteckungsrisiken zu vermeiden.

Für die heutige Sitzung hat Ihnen unsere Verwaltung dazu einige Hinweise geschickt. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die gerade hart arbeiten, um den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten.

(Beifall)

Nehmen Sie die Hinweise bitte ernst. Schützen Sie sich, Ihr Umfeld und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Einen weiteren Beitrag dazu leisten wir als Parlament, indem wir alle für einen geordneten Ablauf der heutigen Sitzung sorgen. Nehmen wir unsere Verantwortung wahr, indem wir uns auf die anstehenden Sachfragen konzentrieren und zügig zu Entscheidungen kommen, die unser Land jetzt braucht.

Auf Ihren Tischen finden Sie Vorschläge aller Fraktionen für die Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder des Notparlaments (*Anlagen 1 bis 5*). Das Präsidium hat sich am 17. März 2020 darauf verständigt, dass die Fraktionen – abweichend von § 19 b Absatz 1 der Geschäftsordnung – über die 21 – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Ich habe Sie gesehen, Herr Abg. Dr. Fiechtner. Sie kommen dran.

(Unruhe)

Das Präsidium hat sich am 17. März 2020 darauf verständigt, dass die Fraktionen – abweichend von § 19 b Absatz 1 der Geschäftsordnung – über die 21 Stellvertreter hinaus beliebig viele Abgeordnete als stellvertretende Mitglieder in dieses Gremium entsenden können. – Ich stelle fest, dass Sie dieser Abweichung von der Geschäftsordnung und den Wahlvorschlägen zustimmen. Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Weiter schlage ich im Zuge der allgemeinen Bemühungen, unsere Sitzungen in der aktuellen Lage möglichst effizient zu halten, vor, dass wir – ebenfalls in Abweichung von der Geschäftsordnung – die Redezeit für alle Sonderrederechte, also Bemerkungen zur Geschäftsordnung, persönliche Erklärungen, sachliche Richtigstellungen, Erklärungen zur Abstimmung, Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, heute – nur heute – auf eine Minute begrenzen. – Ich stelle fest, dass Sie dieser Abweichung von der Geschäftsordnung ebenfalls zustimmen. Vielen Dank. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, gestern ging ein Antrag der Landesregierung mit dem Beschlussvorschlag ein, festzustellen, dass es sich bei der Coronavirus-Pandemie um eine Naturkatastrophe im Sinne von § 18 Absatz 6 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung handelt. Der Antrag liegt als Drucksache 16/7899 auf Ihren Tischen.

Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag als neuen Punkt 1 auf die Tagesordnung nehmen; die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Weiter weise ich darauf hin, dass unter dem bisherigen Punkt 1 – jetzt Punkt 2 – unserer Tagesordnung die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 vorgesehen ist. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen Zweiter und Dritter Beratung dieses Gesetzentwurfs ebenfalls einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, Ihnen ist sicher aufgefallen: Die Plätze der Stenografinnen und Stenografen sind heute leer. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes wird das Protokoll der

(Präsidentin Muhterem Aras)

Plenarsitzung heute vom Stenografischen Dienst über Audio-datei und nicht im Plenarsaal erstellt.

Bitte beachten Sie: Zurufe aus dem Plenarsaal und von den Abgeordneten auf der Besuchertribüne können deshalb möglicherweise nicht vollständig im Protokoll festgehalten und Beifallsbekundungen nicht konkret zugeordnet werden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, hat sich Herr Abg. Dr. Fiechtner zur Geschäftsordnung gemeldet. – Bitte, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich beantrage nach § 84 der Geschäftsordnung wenigstens beim ersten Tagesordnungspunkt die Ausweitung der Redezeit und für jeden Abgeordneten die Möglichkeit, Fragen zu stellen oder seine Sorge kundzutun.

Ich selbst bin Arzt. Ich habe mich für das Coronateam gemeldet, werde dort mitarbeiten. Ich denke, dass die Zeit für Polemik an dieser Stelle nicht mehr gegeben ist. Ich erlaube mir, das zu sagen, weil ich ja hier bekannt bin für eine besonders scharfe Polemik.

Ich denke, dass man hier und jetzt, da alle Bürger völlig verunsichert sind – Ich muss gestehen, ich habe in vielen Punkten Angst. Ich weiß nicht, was ich tun soll. Ich weiß, dass ich kämpfen muss für unser Land. Ich weiß, dass ich für die Bürger einstehen muss. Ich weiß aber häufig gar nicht, was ich machen soll.

Ich bitte darum, wenigstens einen der Tagesordnungspunkte aufzubohren, allen Abgeordneten Redezeit für Fragen zu gewähren. Ich gehe davon aus, dass keine Polemik stattfindet. Ich habe Herrn Minister Lucha zugesagt, dass ich keinerlei Polemik in dieser Situation mehr äußern werde – keinem Grünen, keinen Sonstigen gegenüber.

Das müssen wir, das Parlament, den Bürgern hier auch zeigen: Wir machen uns Gedanken, wir sind ebenfalls Menschen, wir wollen gemeinsam um die bestmögliche Lösung ringen. In dieser Situation kann es nicht mehr sein, dass der eine so und der andere so ist. Wir sind alle Menschen, wir sind alle Bürger. Wir sollten alle zusammen kämpfen, zusammenarbeiten, und wir sollten unser Gottvertrauen nicht verlieren.

Ich hoffe, dass der Allmächtige diesem Land und uns allen helfen wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Fiechtner. Sie wissen aber, dass zu Tagesordnungspunkt 1 angekündigt ist, dass Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergreifen wird. Damit haben zum einen die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Fraktionen freie Redezeit, zum anderen entscheidet jeder Redner und jede Rednerin, ob er oder sie Fragen zulässt oder nicht.

Deshalb frage ich Sie, ob Sie an Ihrem Antrag festhalten. Sagen Sie nur Ja oder Nein. Ich will keine weitere Debatte. Es geht heute um die Effizienz unserer Sitzung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja, ich möchte es gern aufgehoben haben für alle.

Präsidentin Muhterem Aras: Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt,

den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Landesregierung – Feststellung einer Naturkatastrophe nach § 18 Absatz 6 Satz 2 LHO – Drucksache 16/7899

Meine Damen und Herren, das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer Krise, wie wir sie alle noch nicht erlebt haben, wie es unser Land nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht erlebt hat. Ich bin dankbar, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Hohen Haus zusammenstehen. Ich möchte mich bei allen, auch bei den Oppositionsfraktionen, für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Diese Krise ist global, weil sie alle Länder der Erde betrifft. Sie ist umfassend, weil sie unser Leben auf den Kopf stellt. Und sie ist einschneidend, weil wir die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einschränken müssen und große Teile der Wirtschaft lahmgelegt sind. Wir bewerten die Lage täglich neu und sind dazu in ständigem Austausch mit den Fachleuten aus der Wissenschaft, mit dem Bund und den Gemeinden, mit der Wirtschaft, um uns bestmöglich abzustimmen. Das tun wir in bewährten Gremien, die wir schon in der Flüchtlingskrise geschaffen haben, sodass wir in der Lage sind, schnell, umfassend, aber auch mit klugem Kopf zu handeln.

Unser föderales Gemeinwesen ist in dieser Krise voll handlungsfähig. Dabei lautet unser oberstes Ziel: Verlangsamung der Epidemie. Wir müssen die Ausbreitung verlangsamen, damit nicht zu viele Menschen gleichzeitig ins Krankenhaus kommen. Deshalb hat die Landesregierung in den letzten Tagen in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern drei Maßnahmenpakete in hohem Tempo auf den Weg gebracht. Wir handeln schnell und entschlossen, aber nicht kopflos.

Ich danke an dieser Stelle meinem gesamten Kabinett, insbesondere dem Gesundheitsminister Manne Lucha, der die Federführung in dieser Situation hat.

(Beifall)

Das erste Paket haben wir am Montag beschlossen und am Dienstag nach der Einigung mit der Kanzlerin und meinen Ministerpräsidentenkollegen nachjustiert. Dabei geht es um Maßnahmen, die das öffentliche Leben umfassend einschränken. Als Faustformel kann sich jeder merken: Alles, was nicht unbedingt erforderlich ist, wird heruntergefahren oder geschlossen, die Kneipen, Diskotheken, Schulen, Hochschulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Sportbetriebe, Spielplätze und anderes. Nur was unbedingt notwendig ist, bleibt geöffnet, z. B. Arztpraxen und Apotheken, Supermärkte oder Drogerien sowie andere Institutionen und Betriebe der Wirtschaft.

Ich weiß, dass wir den Menschen sehr viel abverlangen. Viele von ihnen haben Schwierigkeiten mit der Betreuung ihrer

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Kinder, andere fürchten um ihren Arbeitsplatz und ihr Unternehmen. Wir erleben tiefe Eingriffe in unsere Freiheitsrechte und eine Lenkung unseres Sozialverhaltens – Distanz statt Nähe.

Ich weiß auch, dass manchmal nicht jedem jede einzelne Maßnahme sinnvoll erscheint. Es gibt viele Diskussionen etwa darüber, warum Baumärkte geöffnet bleiben, während Blumen Geschäfte geschlossen sind. Das darf man alles diskutieren. Aber entscheidend ist, dass diese Maßnahmen alle in der Summe wirken. Dafür müssen wir eben unsere sozialen Kontakte auf das Allernotwendigste beschränken und dort, wo das nicht möglich ist, körperliche Distanz wahren.

(Beifall)

Daran gibt es in dieser Lage nichts zu rütteln. Das sage ich in aller Klarheit. Diskutieren ja, aber an die Vorgaben muss sich jeder halten.

(Beifall)

Ob wir in Zukunft ein Ausgangsverbot erlassen müssen, wissen wir heute noch nicht. Wir wollen das vermeiden. Aber wenn sich die Menschen nicht an die Maßnahmen halten, wird es wahrscheinlich dazu kommen. Wie lange wir die Einschnitte brauchen, können wir heute noch nicht sagen, auch nicht, wann es einen Impfstoff oder wirksame Medikamente geben wird.

Aber hier kann ich Ihnen von einem Signal der Hoffnung berichten: Ich habe mich gestern mit der Führung des Tübinger Unternehmens CureVac ausgetauscht. Sie arbeiten unter Hochdruck an der Herstellung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus. Das, was ich da gehört habe, war beeindruckend. Ich bin froh und dankbar, dass wir solch großartige, innovative Unternehmen im Land haben. Sie werden jede Unterstützung, die sie benötigen, von der EU, vom Bund, vom Land und von der Kommune Tübingen bekommen.

(Beifall)

Das zweite Paket hat zum Ziel, die Behandlungskapazitäten des Gesundheitssystems massiv hochzufahren. Unsere Krankenhäuser werden in den kommenden Wochen und Monaten auf eine harte Probe gestellt. Denn unsere Maßnahmen werden erst mit einer Verzögerung von zehn bis 14 Tagen greifen. Bis dahin werden die Fallzahlen massiv ansteigen, einfach, weil sich zunächst einmal die Ansteckungen der letzten zwei Wochen niederschlagen werden.

Um wirklich allen Menschen bestmöglich helfen zu können, haben wir einen Notfallplan für die Krankenhäuser beschlossen. Rehaeinrichtungen, Hotels oder Hallen werden aus- und umgerüstet, vor allem für leichtere Fälle. Für die schweren Verläufe wollen wir die Zahl der Intensivbetten verdoppeln.

Durch den Ihnen vorliegenden Nachtragshaushalt können wir all diese Maßnahmen schnell und umfassend finanzieren.

Unser drittes Paket betrifft die Wirtschaft. Denn uns ist voll und ganz bewusst, wie sehr die Unternehmen unter der Coronakrise leiden. Ausbleibende Aufträge und dramatisch sinkende Erlöse bringen sie in existenzielle Nöte. Lieferketten sind unterbrochen, und die Nachfrage bricht ein.

Deshalb unterstützen wir die Unternehmen nach Kräften. Der Bund hat seine Förderprogramme aufgestockt und den Zugang zum Kurzarbeitergeld erleichtert. Fällige Steuerzahlungen können gestundet werden. Unsere Bürgschaftsprogramme werden über die L-Bank und die Bürgschaftsbank unbürokratisch ausbezahlt. Die Bürgschaftsquote für betroffene Unternehmen haben wir von 50 % auf 80 % erhöht.

Heute legen wir mit unserem Nachtragshaushalt nach. Wir verüfflichen den Bürgschaftsrahmen von 200 Millionen € auf 1 Milliarde €, und wir sorgen dafür, dass die Rücklage auch für die Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen verwendet werden kann. Gleichzeitig arbeiten wir mit Hochdruck an einer Lösung für die kleinen Betriebe und Selbstständigen. Denn sie trifft die Krise besonders hart. Wenn ihnen heute das Geschäft wegbricht, dann können sie morgen keine Kredite mehr zurückzahlen. Der Gastwirt, der Einzelhändler, der Handwerker, die Klavierlehrerin: Bei ihnen geht es um nicht weniger als ihre Existenz. Deshalb bereiten wir ein Hilfsprogramm mit Direkthilfen in Milliardenhöhe vor, um weiter eine Welle von Insolvenzen zu verhindern.

(Beifall)

Das ist das große wirtschaftspolitische Ziel dieser Direkthilfen: eine Welle von Insolvenzen zu verhindern.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut herzlich bedanken, die jetzt unter dem größten Stress steht, was die Betriebe betrifft. Danke, dass auch sie unter Hochdruck daran arbeitet, dass wir das schnell umsetzen können.

(Beifall)

Um keine Zeit zu verlieren, gehen wir folgenden Weg: Wir bringen heute den Antrag ein, dass der Landtag nach § 18 Absatz 6 der Landeshaushaltsordnung feststellt, dass wir es bei der Coronakrise mit einer Naturkatastrophe zu tun haben. Dieser Schritt ist notwendig, weil wir so unter den Bedingungen der Schuldenbremse Kredite zur Finanzierung des Hilfsprogramms aufnehmen können.

Anschließend bringen wir einen Nachtragshaushalt in den Landtag ein, um dann das Hilfsprogramm verabschieden und umsetzen zu können. Das ist der schnellste Weg, um Direkthilfen für die kleinen Unternehmen zu ermöglichen und einer Insolvenzwelle zuvorzukommen. Wir können jetzt schon sagen: In wenigen Tagen werden die betroffenen Kleinunternehmen die Hilfe beantragen können, die sie benötigen. Wir lassen sie nicht im Stich.

(Beifall)

Bei allem ist mir noch eines wichtig: Alleingänge sind jetzt nicht das Mittel der Wahl. Wir arbeiten deshalb eng mit dem Bund und den anderen Ländern zusammen und stimmen uns auch mit der EU ab. So habe ich heute Nachmittag eine telefonische Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin zu den geplanten Wirtschaftshilfen, damit wir diese aufeinander abgestimmt bekommen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich mich an die Bürgerinnen und Bürger wenden, die diese Debatte im Livestream verfolgen: Uns ist bewusst, dass wir Ihnen viel zu-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

muten. Ihr Alltag wird radikal auf den Kopf gestellt, Freiheiten werden eingeschränkt, Sie müssen Ihr Leben vollkommen neu organisieren.

Wir tun das, weil es im Kampf gegen das Virus unbedingt notwendig ist. Ich sage aber nochmals ganz deutlich: Ob wir Erfolg haben, hängt davon ab, ob wir alle uns konsequent an die Vorgaben halten.

(Beifall)

Jede und jeder von uns muss jetzt Verantwortung für sich und andere übernehmen, die Jüngeren müssen an die Älteren denken und die Gesunden an die chronisch Kranken, und die allermeisten Menschen tun dies auch. Ich sage aber auch ganz klar: Es kann nicht sein, dass sich jetzt junge Leute zu Coronapartys treffen, und es kann genauso wenig sein, dass Rentner gemütlich auf dem Wochenmarkt ein Schwätzle halten. Das sind keine gegriffenen Beispiele, sondern solches ist mir berichtet worden. Wenn nicht alle ihr Verhalten grundlegend umstellen, dann kommen wir um härtere Maßnahmen und Sanktionen nicht herum. Deshalb bitte ich Sie alle eindringlich: Helfen Sie mit, und halten Sie sich an die beschlossenen Maßnahmen! Die Kontakte, die Sie heute vermeiden, können morgen Menschenleben retten. Jeder Kontakt, den Sie vermeiden, hilft.

(Beifall)

Es ist an dieser Stelle aber auch Zeit, Danke zu sagen: Danke an alle, die im Brennpunkt dieser Krise stehen, Danke dem Pflegepersonal, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Laboren, den Ärztinnen und Ärzten, aber auch jenen, die unter widrigen Umständen unsere Versorgung und unsere Sicherheit garantieren, Danke der Feuerwehr und der Polizei, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Handel und in der Logistik, im öffentlichen Dienst und in vielen anderen Branchen mehr.

(Beifall)

In diesen Zeiten wird besonders sichtbar, wie wichtig sie für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sind. Herzlichen Dank allen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern in dieser schwierigen Situation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Das ist im Kampf gegen die Pandemie ganz entscheidend. Unsere größte Stärke in diesem Kampf aber ist das große Wirgefühl, das ich in diesen Tagen vernehme. Lassen Sie uns also zusammenhalten, aufeinander achten und uns gemeinsam an die beschlossenen Maßnahmen halten. Dann werden wir diese Krise bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, wird erst einmal das Redepult desinfiziert. Wir wollen ja Risiken minimieren. Deshalb bitte ich kurz um Geduld.

(Das Redepult wird desinfiziert.)

– Vielen Dank.

Nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, wird § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung wirksam. Daher hat zunächst Herr Fraktionsvorsitzender Stoch für die SPD-Fraktion das Wort. – Bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, wir alle haben es heute Morgen, als wir ins Gebäude hier gekommen sind, so empfunden: Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation. Jeder verantwortungsvolle Politiker, egal, ob auf kommunaler Ebene, auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene, weiß, dass wir in außergewöhnlichen Zeiten arbeiten, dass wir Herausforderungen gegenüberstehen, wie wir sie in unserem Land bisher – zumindest in Friedenszeiten – noch nie gekannt haben.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es jetzt darum, das Richtige zu tun. Das Richtige zu tun heißt, das Richtige auch so schnell zu tun, dass es wirksam ist.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD wird sich natürlich dem Wunsch der Landesregierung nicht verschließen, alle nötigen Maßnahmen, die das gesellschaftliche, das soziale Leben in unserem Land betreffen, die aber vor allem auch wirtschaftliche Auswirkungen haben und damit auch finanzielle Herausforderungen bedeuten, jetzt ganz entschieden zu ergreifen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern schon immer ein starkes Gemeinwesen, einen Staat, der Verantwortung übernimmt und Fürsorge für seine Bürger betreibt. Eine Regierung, die diesem Auftrag gemäß handelt, wird unsere Unterstützung haben, gleich, ob wir Teil dieser Regierung sind oder nicht.

(Beifall)

Wir werden natürlich Ja sagen zu den Maßnahmen, die Sie, Herr Ministerpräsident, gerade in Ihren Ausführungen hier am Redepult erwähnt haben, die notwendig sind, die wir brauchen, um in katastrophalen Zeiten angemessen zu handeln. Denn auch wir sind aufgerufen, alles zu unternehmen, dass die Pandemie selbst nicht zu einer Katastrophe wird, wenngleich wir schon jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, dass über die gesundheitlichen Auswirkungen dieses Virus auch unsere Gesellschaft und insbesondere auch unser Wirtschaftssystem unter Auswirkungen leidet, die die Gefahr bergen, dass wir eine nachhaltige Katastrophe für unser Land erleben werden. Deswegen muss jetzt entschlossen und schnell überzeugt gehandelt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Das fordert uns alle auf ganz unterschiedliche Weise und auf extrem komplizierte Weise heraus. Wir alle merken, dass tagtäglich, teilweise stündlich neue Fragen auftauchen. Es ist die falsche Zeit, wenn wir jetzt darüber diskutieren würden, ob Fehler passiert sind, ob Fehler gemacht werden können. Ich glaube, in einer solchen Situation sind auch wir, der Staat, eine lernende Institution. Deswegen müssen wir sehr solidarisch miteinander umgehen.

Wir sind in wenigen Tagen dazu gekommen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land Einschnitte zumuten, die natürlich auch an kritische Grenzen gelangt sind. Es sind

(Andreas Stoch)

Einschränkungen beschlossen worden, wie sie dieses Land zuletzt in Kriegszeiten erleben musste. Das ist ein Vergleich, der sich normalerweise, unter normalen Umständen, verbietet, aber wir müssen ihn wahrscheinlich sogar ziehen.

Ich bitte an dieser Stelle aber auch um etwas Nachdenklichkeit. Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen: Es hilft nichts, in der öffentlichen Debatte gerade von politischer Seite in einen Überbietungswettbewerb einzutreten und besonders markig aufzutreten. Wir haben dann nämlich das Problem, dass wir die Bürgerinnen und Bürger verunsichern. Die Bürgerinnen und Bürger sollten nicht den Eindruck gewinnen, dass wir in einem Überbietungswettbewerb sind, sondern sollen die Überzeugung gewinnen, dass wir die wirklichen Herausforderungen entschlossen angehen, aber gleichzeitig auch Besonnenheit gewährleisten. Das ist ein Signal, das auch von diesem Parlament ausgehen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen sind alle Maßnahmen, die wir einleiten wollen, auf Rationalität zu prüfen. Denn wir müssen eines Tages auch wieder sagen, welche Maßnahmen wir zu welcher Zeit auch zurücknehmen. Und wir müssen dann auch begründen können, warum bestimmte Maßnahmen, die wir heute rational begründet haben, zu einem Zeitpunkt in der Zukunft nicht mehr notwendig sind.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir auch allem entgegentreten, was jetzt in der politischen, aber auch in der gesellschaftlichen Debatte ein Überziehen der Situation angeht. Sie wissen alle, dass manche Menschen irrational handeln. Wir haben kein Verständnis, wenn jetzt Hamsterkäufe Platz greifen, und müssen ganz klar sagen: Diese Hamsterkäufe schaden der Versorgung der Bevölkerung. Wir brauchen hier auch bei der Bevölkerung Besonnenheit. Wir brauchen Klarheit in der Argumentation und Kommunikation: Wir werden keinen Mangel im Bereich der Lebensmittel und der Lebensgüter erleiden. Deswegen appelliere ich: Liebe Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs, behalten Sie Ruhe! Wir brauchen Besonnenheit, wir brauchen keine Panikreaktionen.

(Beifall)

Es ist nicht damit getan, einen Katastrophenfall auszurufen. Denn es gibt keinen Knopf, auf den wir drücken können, um ein Programm ablaufen zu lassen, mit dem man eine Katastrophe bewältigen kann. Entscheidend ist, ob die Strukturen, die wir uns zur Bewältigung einer solchen Krise geben, auch funktions- und handlungsfähig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf allen Ebenen müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Die Europäische Union hat bereits erklärt, dass sie in ganz erheblichem Umfang Finanzmittel zur Verfügung stellen wird, um vor allem auch die wirtschaftlichen Auswirkungen zu bekämpfen. Wir haben vorhin die Meldung erhalten, dass der Bund über die bereits beschlossenen Maßnahmen der Kurzarbeit und über die bereits beschlossenen Maßnahmen im Bereich der Steuerstundungen hinaus ein Sofortprogramm in Höhe von 50 Milliarden € auflegt, damit Betrieben, Soloselbstständigen und Betreibern kleiner Gewerbe sofort geholfen werden kann.

Daher ist es wichtig, dass auch das Land Baden-Württemberg klarmacht: Wir sind an der Seite der Menschen in diesem Land, wir sind an der Seite von jedem, der jetzt aufgrund der nicht abwendbaren Maßnahmen, die wir ergriffen haben, in wirtschaftliche Not gerät. Wir müssen den Menschen helfen und Zuversicht geben, dass wir gemeinsam über diese Krise hinwegkommen.

(Beifall)

Deswegen machen wir mit dem heutigen Beschluss, nämlich gemäß der Landeshaushaltsordnung eine Naturkatastrophe anzuerkennen, den Weg für ein massives Sonderprogramm frei, das den schon jetzt katastrophalen Auswirkungen der Pandemie Rechnung trägt.

Aktivieren Sie nicht nur die verfügbaren Haushaltsmittel, sondern machen Sie auch Kreditaufnahmen möglich. Wir müssen diesem Land helfen, und ich glaube, die Diskussion über die schwarze Null oder über eine Schuldenbremse haben wir im Moment, in der jetzigen Situation nicht zu führen.

Wir brauchen jetzt finanzielle Mittel, die schnell verfügbar sind. Dafür ist der Landtag von Baden-Württemberg verantwortlich, und dafür hat der Landtag auch die Entscheidungen zu treffen.

Wir müssen die Rücklagen des Landes, die ja gerade für Risiken zurückgelegt wurden, aktivieren. Wir müssen prüfen, ob wir nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen in Anspruch nehmen können. Wir müssen auch auf Ersparnisse zurückgreifen. Aber wir müssen eben auch, um das Leben in diesem Land weiterführen zu können und nicht ein massenhaftes Sterben von Firmen und Einzelhändlern zu verursachen, in der Not in Kreditaufnahmen gehen, damit wir die Zukunft dieses Landes sichern können und nicht später einmal verwüstete Innenstädte haben, in denen Einzelhandel nicht mehr vorkommt. Das muss mit allen Kräften verhindert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist richtig: Es ist gerade bei Kleinbetrieben, bei kleinen Selbstständigen, bei Kunst- und Kulturschaffenden nicht eine Frage von Monaten, ja nicht einmal eine Frage von Wochen, sondern es ist teilweise eine Frage von Tagen, bis sie an der Schwelle zum Ruin stehen. Deswegen geht es jetzt auch um schnelle Hilfe.

Die extremen Herausforderungen für unser Land werden nicht dadurch gemeistert, dass wir ihnen den Stempel „Katastrophe“ geben. Vielmehr müssen wir durch unsere Maßnahmen zeigen, dass wir in der Lage sind, eine Katastrophe zu vermeiden. Deswegen gilt es jetzt, für klare Schritte und klare Ansagen zu werben, die nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern die für alle Ebenen der öffentlichen Hand eindeutig sind.

In diesem Punkt lief bisher – ich habe vorhin auch etwas zur Fehleranfälligkeit der jetzigen Situation gesagt – nicht alles optimal. Wir haben von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, von den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern in unserem Land Rückmeldungen, die eben durchaus auch auf Probleme hinweisen. Wir hatten gerade, wenn es um die Frage geht, wie die Verordnung vom vergangenen Montag zu gewichten war, anschließend ja die Übereinstim-

(Andreas Stoch)

mung in der Ministerpräsidentenkonferenz und dann Änderungen. Es war für die Kommunen schwierig, die Änderungen, auch die Widersprüche, die darin teilweise bestanden, zu kommunizieren und vor Ort umzusetzen.

Wir müssen es als lernende Organisation schaffen, bei diesen Schritten zukünftig Klarheit in die erste Reihe zu stellen, den Menschen klarzumachen: Was ist jetzt die notwendige Maßnahme? Vor allem die Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene sind auf diese Klarheit angewiesen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier dürfen uns Fehler nicht passieren. Besonnenheit und Klarheit sind an diesem Punkt besonders wichtig.

(Beifall)

Wichtig ist auch, dass wir alle – auch die Landesregierung – ohne blinde Flecken vorgehen. Die Auswirkungen des Virus machen keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Firmen, sie machen keinen Unterschied zwischen den Branchen, wengleich auch bestimmte Branchen – ich nenne die Gastronomie, ich nenne den Einzelhandel – im Moment besonders stark betroffen sind.

Es spielt keine Rolle, ob das Stoppen von Bändern im Fernsehen gezeigt wird oder die Schließung eines Cafés nicht einmal in den Lokalnachrichten erwähnt wird. Und es spielt auch keine Rolle, ob Maschinen produziert werden oder gerade auch im sozialen Bereich gearbeitet wird.

Wir dürfen auch den Bereich der sozialen Wirtschaft nicht vergessen. Wir haben in den Alten- und Pflegeheimen, in den Krankenhäusern in unserem Land, gerade was die Einrichtungsträger angeht, im Moment eine extrem schwierige Situation, und zwar nicht nur, was die Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht. Vielmehr haben wir auch eine extrem dünne finanzielle Decke, die manche dieser Träger schon jetzt überfordert.

Deswegen müssen wir, wenn wir jetzt über Soforthilfe reden, wirklich alle Bereiche mit in den Blick nehmen. Es darf uns nicht passieren, dass wir zwar Gastronomie und Einzelhandel retten – was richtig ist –, aber gleichzeitig z. B. im Bereich der sozialen Wirtschaft wichtige Zweige vergessen. Wir brauchen alle: Wir brauchen Kunst und Kultur, wir brauchen Wirtschaft, wir brauchen aber auch gerade diejenigen, die die sozialen Dienstleistungen in diesem Land erbringen. Niemand darf aufgrund der Corona-Epidemie in irgendeiner Weise in Insolvenz geraten oder vernichtet werden. Wir müssen diesen Firmen helfen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wir müssen natürlich auch darüber nachdenken, in welchen Zeithorizonten dieses Land handeln muss. Einschränkungen des öffentlichen Lebens werden über Nacht erlassen und können über Nacht auch wieder aufgehoben werden – hoffentlich so bald wie möglich. Und so schnell, wie man Schulen schließt, kann man Schulen auch grundsätzlich wieder hochfahren.

Aber uns muss klar sein: Wenn dieser Tag kommt, wenn wir den Bereich der Katastrophe und der starken Auswirkungen überwunden haben, dann müssen wir alles dafür tun, die nachhaltigen Wirkungen dieser Krise auch in unserer Gesellschaft

nachhaltig zu bekämpfen. Das heißt, dass nicht mit dem Tag, an dem die Maßnahmen aufgehoben werden, alles wieder in den Normalbetrieb geht. Wir müssen wissen, dass Firmen, Institutionen und Einrichtungen Wochen, Monate, vielleicht sogar noch längere Zeit brauchen werden, um wieder in einen Normalbetrieb zu finden. Das heißt, die Unterstützung darf nicht dann abreißen, wenn sie vielleicht nicht mehr auf den ersten Blick erkennbar ist, sondern sie muss über einen längeren Zeitraum angelegt sein.

Vor allem müssen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren – ich habe es hier an diesem Pult schon gesagt, bezogen auf das Gesundheitswesen –, auch die richtigen Lehren daraus ziehen. „Richtige Lehren“ bedeutet, dass wir in Zukunft auf vergleichbare Stresssituationen besser vorbereitet sein müssen, als wir es in dieser Krise sind. Da geht es um die Frage der Kapazitäten im Gesundheitswesen. Aber da geht es z. B. auch um die Versorgungssicherheit, wenn es um Themen wie die Medikamentenversorgung in unserem Land geht.

Deswegen: Krisen dieser Art können dann etwas Segensreiches haben, wenn man auch mittel- und langfristig die richtigen Schlüsse aus ihnen zieht. Ich möchte uns ermuntern, nach dieser Krise nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen, sondern dann in einer kritischen Analyse die richtigen Schlüsse aus dieser Krise zu ziehen und danach auch zu handeln.

(Beifall)

Ich habe das Gefühl, dass viele Menschen in diesem Land gerade zum ersten Mal so richtig merken, was es heißt, aufeinander angewiesen zu sein,

(Zuruf: Richtig!)

auch auf den Gedanken der Solidarität angewiesen zu sein. Denn das, was wir als diejenigen tun, die nicht als Hochrisikogruppe gelten, ist ja insbesondere, dass wir solidarisch mit denen sind, die als besonders ansteckungsgefährdet gelten und die natürlich auch, was die gesundheitlichen Folgen angeht, als besonders gefährdet gelten.

Deswegen sollte der Gedanke der Solidarität nach dieser Krise nicht wieder aus dieser Gesellschaft verschwinden. Vielmehr sollten wir erkennen, dass ein funktionierendes Gemeinwesen ein Gut an sich ist, dass wir auch Solidarität als ein gesellschaftliches Gut bewahren müssen, dass wir alle darauf achten müssen, dass wir aus dieser Krise auch lernen. Wir, die Gesellschaft, funktionieren nur dann, wenn wir Verantwortung füreinander übernehmen, und zwar sowohl was die Fragen der Gesellschaft, aber auch was die Fragen der Wirtschaft angeht.

(Beifall)

Ich sage noch einmal, was ich hier am Dienstag in der Präsidiumssitzung gesagt habe: Gerade auch der Landtag von Baden-Württemberg ist in einer solchen Situation eine sehr, sehr wichtige Institution, nicht nur, weil die Frage der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes hier im Landtag von Baden-Württemberg festgelegt wird. Vielmehr müssen wir auch nach außen deutlich machen, dass die Politik handlungsfähig ist.

Deswegen brauchen wir eine Regierung, die handelt, die die richtigen Entscheidungen trifft, aber wir brauchen auch einen

(Andreas Stoch)

Landtag von Baden-Württemberg, der den Menschen das Gefühl vermittelt, dass die Fragen, die sie haben, die sie auch in ihrem täglichen Leben beschäftigen, beantwortet werden. Der Herr Ministerpräsident hat z. B. über die Möglichkeit von Ausgangssperren gesprochen. Hier greifen wir so weit in die persönliche Freiheit von Menschen ein, dass es aus meiner Sicht notwendig ist, dass wir, der Landtag von Baden-Württemberg, über diese Fragen auch diskutieren können, auch wenn wir dies unter besonderen Bedingungen tun müssen. Dieser Landtag von Baden-Württemberg ist in einer Krise nicht weniger wichtig; er ist aus meiner Sicht wichtiger denn je, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren und lieber Herr Ministerpräsident: Wir können Ihnen zusagen, dass wir in diesen schwierigen Wochen und Monaten nicht nur für unser Bundesland Baden-Württemberg, sondern für unsere Welt insgesamt an der Seite der Landesregierung stehen. In diesem Haus machen wir heute den Weg dafür frei, dass die Landesregierung in dieser schwierigen Zeit Schaden von Baden-Württemberg abwenden kann, soweit das irgend möglich ist.

Wir verhalten uns dabei nicht anders als die überwältigende Mehrheit aller Menschen in diesem Land. Wir vertrauen unserem Gemeinwesen, wir vertrauen den Experten, den Behörden, den Bürgermeistern, den Ärzten und der Regierung. Wir vertreten das Volk, und deswegen gibt das Volk Ihnen all diese Mittel an die Hand. Das Volk schenkt Ihnen Vertrauen. Handeln Sie deswegen richtig – und die Betonung liegt auf „richtig“ und „handeln“, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt erteile ich das Wort für die AfD Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die AfD-Fraktion wird selbstverständlich Ihrem Wunsch nachkommen, die Naturkatastrophe hier zu bestätigen und damit die Handlungsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg aufrechtzuerhalten. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Bei dem, was wir heute Morgen schon an Danksagungen gehört haben, habe ich eine Bevölkerungsgruppe vermisst. Das möchte ich – in Ihrem Namen – hier gern nachholen. Angesprochen wurden bereits verschiedene Einkaufsmöglichkeiten – die Öffnung der Lebensmittelmärkte und Baumärkte –, und ich möchte mich bei den Mitarbeitern in diesen Branchen ganz herzlich bedanken, speziell auch bei den Kassiererinnen, die nicht die Möglichkeit haben wie wir Abgeordnete hier, mit einem nötigen Sicherheitsabstand zu arbeiten. Es ist unglaublich, was diese Menschen in dieser Krise leisten. Dafür gilt ihnen nicht nur unser Respekt, sondern auch unser Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist bezeichnend, dass nur die AfD-Fraktion es für würdig hält, sich zu bedanken.

(Unruhe – Widerspruch)

Ich denke, dass die Menschen draußen im Land das sehr wohl zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

(Zurufe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie vorher nicht zugehört?)

Die Ausführungen, die Herr Stoch gemacht hat, haben sich angehört – Entschuldigung, Herr Stoch – wie eine Regierungserklärung. Für mich ist das nachvollziehbar. Auch Sie waren an Regierungen beteiligt und sind es – bei der Bundesregierung – noch heute. Sie können sicherlich keine Kritik an den aktuellen Handlungsweisen oder an den Handlungsweisen der vergangenen Wochen üben.

Wir seitens der AfD-Fraktion hingegen können das sehr wohl, und wir müssen das auch sehr wohl, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Denken Sie zurück: Im November 2007 gab es den letzten Stresstest in Sachen Pandemie in diesem Land. Deutschlandweit hat man diesen Test durchgeführt.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, warten Sie bitte einmal.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, auch aus den Reihen der AfD-Fraktion; immerhin redet Ihr Fraktionsvorsitzender.

(Lebhafte Zurufe – Unruhe)

– Sie müssen das größte Interesse daran haben, dass man Ihnen –

(Abg. Anton Baron AfD: Erst kommt die CDU zu spät, und jetzt quatschen sie uns auch noch von der Seite an!)

– Herr Abg. Baron, Sie sind parlamentarischer Geschäftsführer,

(Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

und es geht –

(Anhaltende lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren,

(Fortgesetzte Unruhe)

es redet der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, und ich glaube, man kann erwarten, dass ihm auf jeden Fall seine eigene Fraktion zuhört.

(Zurufe)

– Regen Sie sich weiter auf.

(Zurufe, u. a.: Also, Herr Gögel soll sich zurückhalten!)

Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Rülke, wir wollen doch heute Morgen etwas auf Polemik verzichten.

(Zuruf – Lebhaftige Unruhe)

– Nein, nein, ich spreche jetzt über Fakten.

Im November 2007 gab es in diesem Land den letzten Stress-test, was Pandemien betrifft. Die Übung hieß LÜKEX. Einige können sich noch daran erinnern; das ist 13 Jahre her. Die Ergebnisse haben Sie, die Regierenden, in diesen 13 Jahren nicht berücksichtigt. Sie haben die Anregungen der Fachleute in diesen 13 Jahren nicht umgesetzt.

Damals ist man von der Annahme ausgegangen, dass ein Virus aus Asien – siehe da! – etwa 27 Millionen Bürger der Bundesrepublik Deutschland erkranken lässt und dass wir mit einer Vielzahl von Toten zu rechnen haben. Es wurde festgestellt, dass wir zu wenig Medikamente bevorraten, dass wir zu wenig Schutzkleidung haben, dass wir zu wenig Gerätschaften haben und dass wir zu wenig Intensivbetten und zu wenig Betten insgesamt in den Krankenhäusern haben.

Was haben Sie in den vergangenen 13 Jahren getan? Sie haben darüber diskutiert, weitere Krankenhäuser zu schließen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn Herr Stoch, mein Vorredner, hier erwähnt: „Wir wollen nach dieser Krise nicht so weitermachen wie davor“, sage ich: Natürlich! Es wird nicht so weitergehen wie davor. Das Leben wird nicht mehr so sein wie vor der Krise. Aber wir haben in der Vergangenheit aus solchen Übungen nichts gelernt, und ich befürchte, die aktuell Regierenden lernen auch nicht aus dieser Krise.

(Beifall)

Nicht nur ist der Mensch mit dem Umgang mit Pandemien spätestens seit dem 14. Jahrhundert konfrontiert – seit dem Ausbruch der Pest, die übrigens auch aus Zentralasien zu uns nach Westeuropa kam –, sondern wir haben auch bereits im Dezember 2019 die ersten Anzeichen einer solchen Seuche in China, in Wuhan, erkannt. Wir sind jedoch noch Wochen danach, im Februar, davon ausgegangen – hier bei einer Debatte am 5. Februar –, dass das Land gut gerüstet sei und dass die Bürger in Baden-Württemberg nichts zu befürchten hätten; das Gesundheitswesen sei stabil, wir seien auf alles eingestellt. Ich verzichte bewusst darauf, auf die Stellungnahme der Regierungsfraktion GRÜNE in dieser Debatte am 5. Februar Bezug zu nehmen. Denn Frau Krebs kann selbst noch einmal nachlesen, wie sie sich hier im Parlament geäußert hat. Ich glaube nicht, dass sie sich nochmals in dieser Form hier äußern würde.

(Zuruf)

– Wir hätten nichts zu befürchten, es sei alles gerichtet.

(Zurufe, u. a.: Am Jüngsten Tag wahrscheinlich!)

– Am Jüngsten Tag höchstwahrscheinlich.

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Zurufe)

Die Zukunft liegt im Beachten der Erfahrungen und im Umsetzen der Maßnahmen, die man aufgrund der Erfahrungen getätigt hat. Ich kann mir nur wünschen, dass auch in den nächsten Jahren die Regierenden – und ich hoffe ja, dass in geraumer Zeit dann vielleicht auch die AfD an der Regierung beteiligt ist – diese Dinge umsetzen können.

Was hätte man tun müssen, wenn man erkannt hat, dass irgendwo auf dieser Welt eine Seuche ausbricht? In einer solchen Situation muss man in der heutigen globalen Welt erkennen, dass es – im Gegensatz zu 1341, als die Seuche von Asien nach Deutschland kam; damals vergingen dabei mit Sicherheit Jahre – heute um Stunden geht. Wenn man weiß, dass es um Stunden geht, dann muss man handeln, und dann darf man nicht warten, bis man irgendwann die Symptome im Land bekämpfen kann. Man muss vielmehr das Land von Anbeginn an isolieren, man muss die Grenzen schließen, man muss den Flugverkehr beenden, man muss danach schauen, dass keine Träger dieses Virus in dieses Land gelangen können.

(Beifall)

Was haben wir getan? Bis gestern landeten hier in Deutschland Flugzeuge aus dem Iran und aus China, und niemand wurde kontrolliert, bei niemandem wurde Fieber gemessen, und niemandem wurden andere Fragen gestellt. Es war eine bedingungslose Ein- und Ausreise möglich.

Das geht in dieser Form nicht. Wenn uns in den vergangenen Jahren immer wieder erzählt wurde, man könne keine Grenzen schließen – seit 2015 wurde uns das erklärt –, so funktioniert das jetzt doch. Siehe da! Und es funktioniert ganz einfach.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wenn der Wille da ist und wenn es um die Gesundheit der Menschen geht, ist alles möglich. Im Übrigen ging es schon seit 2015 um die Gesundheit der Menschen in diesem Land.

Auch um Ausgangssperren, meine Damen und Herren, wird das Land nicht herumkommen. Denn eines müssen Sie wissen: Die Hälfte der Bürger haben den Ernst der Lage noch gar nicht erkannt, und die Hälfte dieser Hälfte sprechen weder die deutsche Sprache, noch beherrschen sie die deutsche Schrift.

(Unruhe)

Diese Menschen wissen deshalb überhaupt nicht, was sie tatsächlich zu tun haben oder warum sie ihre Gepflogenheiten ändern sollten.

Laufen Sie, wenn Sie heute Nachmittag aus dem Haus gehen, einmal durch den Schlossgarten, oder fahren Sie am Bärensee oder an ähnlichen Orten vorbei. Sie werden sehen, dass die Menschen noch nicht verstanden haben, um was es tatsächlich geht, und Sie werden erkennen, dass Sie eine Eindämmung dieser Krise, ein Abflachen der Infektionskurve tatsächlich nur mit Ausgangssperren hinbekommen.

Je länger Sie sich diesem Thema verweigern und es hinauszögern, umso schwieriger wird es, die wirtschaftliche Lage in diesem Land noch unter Kontrolle zu bringen. Deutschland hat ein Brutto sozialprodukt von 3,5 Billionen €, Baden-Württemberg ein Brutto sozialprodukt in Höhe von 550 Milliarden

(Bernd Gögel)

den €. Dieses Bruttosozialprodukt fährt man notgedrungen im Moment natürlich gegen null. Je weiter Sie das gegen null fahren, umso schwieriger wird es, das Ganze auch wieder anlaufen zu lassen und auszugleichen.

Ihre finanziellen Spielräume haben Sie dargestellt. Die Bundesregierung ist mit ihren 500 Milliarden € schon ans Ende gegangen und hat alle Waffen auf den Tisch gelegt, wie Herr Scholz verkündet hat. Wenn ich heute die Anträge sehe, habe ich den Eindruck, dass Sie in Baden-Württemberg noch nicht alle Waffen auf den Tisch legen wollen. Sie wollen – wenn wir hier im Bild bleiben wollen – noch mit kleinen Revolvern agieren. Die AfD-Fraktion hat mit ihrem Antrag im Finanzausschuss Forderungen gestellt, die deutlich darüber hinausgehen.

(Beifall)

Ich glaube, es wäre auch notwendig, die finanziellen Spielräume einzuräumen, um den Mittelstand, die Einzelunternehmen, die Künstler, alle, die heute Morgen schon erwähnt wurden, mit schneller Hilfe über die Zeit zu retten.

Wenn Sie sagen, Sie handeln und Sie handeln schnell und gut, dann schauen Sie sich einmal die Homepage der Bayerischen Staatsregierung an. Dort kann der Bürger einen Button anklicken, wo er klare Auskünfte zu allen Fragen erhält, die er hat. Der Unternehmer, der Einzelhändler, alle erhalten klare Ansagen. Dort finden sie sogar ein Formular, das sie innerhalb von zwei Minuten ausfüllen können. Dieses schicken sie dann unterschrieben ab, und am nächsten oder übernächsten Tag haben sie die Mittel auf ihrem Konto.

Ich habe das gestern mit der Seite des Landtags von Baden-Württemberg verglichen. Schauen Sie sich mal alle das Bayerische Landesportal an; dann werden Sie sehen, wo Baden-Württemberg im Moment im Hinblick auf die Auskunftsfähigkeit den Menschen gegenüber steht. Die Menschen werden nicht jeden von uns einzeln anrufen oder anschreiben. Sie möchten eine einfache Möglichkeit haben, Aufklärung und Hilfe zu bekommen.

(Beifall)

Die Versorgung der Bevölkerung muss sichergestellt werden. Es reicht nicht, zu sagen: Die Lebensmittelgeschäfte bleiben offen. Jetzt beginnt das Frühjahr, und die Bauern müssen die Saat ausbringen. Die Hilfskräfte fehlen. Das heißt, die Arbeitsagenturen sollten jetzt für Hilfskräfte sorgen. Vielleicht muss Hilfe beim Bund, auch von der Bundeswehr, angefordert werden. Sie müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um jetzt den Landwirten bei der Aussaat zu helfen. Denn wenn sie nicht aussäen, dann werden sie im Herbst nicht ernten. Dann sind die Vorräte, die sie in den Speichern haben, weg, und es kommt nichts nach.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die hätten aber gern Saisonarbeiter!)

– Die Saisonarbeiter stehen in Polen an den Grenzen.

(Zurufe: Jetzt!)

Sofortige Hilfe ist absolut notwendig.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Witz! – Abg. Andreas Stoch SPD: Jetzt geht Ihre Rede gerade nicht auf! Kann das sein? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vorher nachdenken! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Sie bringen mich nicht von diesem Pfad und von den Vorstellungen, die die AfD von Hilfe, Maßnahmen und Planungen hat, ab.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein komplexer Dreisatz! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren!

Abg. Bernd Gögel AfD: Die Versorgung ist nicht sichergestellt, und die Sicherheit der Bevölkerung ist nicht gewährleistet. Wenn Sie heute einen Supermarkt noch unbeschadet betreten und auch wieder verlassen können,

(Zurufe)

so wird das nächste Woche vielleicht schon nicht mehr der Fall sein. Sie müssen versuchen, mit dem Handel Gespräche darüber zu führen, ob nicht Security-Unternehmen eingesetzt werden – im Einzelhandel im Lebensmittel- und Konsumgüterbereich, der für die Versorgung notwendig ist. Diese Branchen sind im Moment Profiteure dieser Krise und haben gewiss auch die Mittel, für die Sicherheit der Kunden zu sorgen.

Die Hilfe der Bundeswehr muss angefordert werden. Das werden Sie nicht erst dann machen können, wenn es im Bundesland Baden-Württemberg zu Ausschreitungen oder Unruhen kommt. Vielmehr sollten Sie schon vorsorglich Hilfsmaßnahmen anfordern. Sie müssen möglicherweise bei der Sicherstellung von Lieferketten von Unternehmen helfen, wenn es um die Nachbestückung der Märkte geht, und sie müssen vielleicht sogar beim Nachbestücken der Läden helfen. Das werden Sie in den nächsten Tagen noch erleben.

Panikkäufe können Sie nicht mit Reden verhindern. Die Menschen wissen, was sie – aus ihrer Sicht – zu tun haben, und decken sich für einen längeren Zeitraum mit Lebensmitteln und erstaunlicherweise auch mit Toilettenpapier ein.

Diese Dinge sind grundsätzlich notwendig. Die müssen Sie umsetzen, und die müssen Sie rechtzeitig nicht nur planen, sondern am Tag X tatsächlich auch mit einsetzen.

Hören Sie auf, wie die Kanzlerin Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Menschen weiter hinauszuzögern. Wenn Sie die Pandemie eindämmen wollen, müssen Sie die Menschen zwangsweise separieren und deshalb auch eine Ausgangssperre verhängen. Die AfD wird Sie in diesen Bemühungen selbstverständlich unterstützen.

(Beifall – Das Redepult wird desinfiziert. – Zurufe, u. a.: Bitte richtig! – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zuruf: Das Mikrofon auch reinigen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich glaube, Witze sind hier nicht angebracht. Danke.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ohne Zweifel eine außerordentlich schwierige, ernste Lage für unser Land und natürlich ganz besonders für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Es ist klar, dass die politischen Institutionen, das Parlament und die Regierung, deutlich machen müssen: Wir tun alles, um diese Lage so zu gestalten, dass die Menschen in diesem Land, aber auch die Wirtschaft möglichst unbeschadet durch diese Krise kommen können. Ich glaube, das muss unsere gemeinsame Aufgabe sein. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, unterstellen, dass alle dieselbe Zielsetzung haben.

Wir schließen uns selbstverständlich dem Dank an alle, die in dieser Krise ihre Position einnehmen, an. Das gilt für die Verkäuferin im Supermarkt, für den Pfleger im Altenheim; das sagen auch wir. Wir müssen unseren Beitrag leisten und dabei ein angemessenes, ein ausgewogenes Mittel finden, um auf der einen Seite möglichst viel für den Gesundheitsschutz zu tun und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass das Land, dass die Menschen weiterhin versorgt werden. Wir müssen ihnen auch Mut zusprechen und deutlich machen, dass wir gemeinsam aus dieser Krise herauskommen.

Was heißt das jetzt konkret? Es gibt zwei konkrete Zielsetzungen, die Sie, Herr Ministerpräsident, auch umrissen haben. Auf der einen Seite gilt es – das ist klar; das ist hauptsächlich die Aufgabe der Regierung, weil das auf Verordnungswegen läuft –, die entsprechenden Rechtsverordnungen zu erlassen, die den Gesundheitsschutz sicherstellen. Das sind jetzt keine Dinge, die im Parlament zu diskutieren sind.

Auf der anderen Seite muss man sich aber auch die Frage stellen – das ist das zweite wesentliche Ziel –: Wie können wir diese Maßnahmen so gestalten, dass unser wirtschaftlicher Wohlstand möglichst erhalten bleibt und dass es nach der Krise wirtschaftlich wieder bergauf gehen kann?

Denn eines ist klar: Wir werden durch diese Krise absehbar einen wirtschaftlichen Einbruch erleben, der noch heftiger, noch härter sein wird als in der Finanzkrise vor gut zehn Jahren. Die Ausgewogenheit dieser Maßnahmen ist also notwendig.

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, tragen die Maßnahmen, die Sie auf dem Verordnungsweg in den letzten Wochen ergriffen haben, mit. Wir gehören auch nicht zu jenen, die – wie es etwa die Vertreter des Flügels rechts von mir tun –

(Unruhe)

nun sagen: „Das hätte man alles früher wissen können; das hätte man alles vorher machen müssen; man hätte vielleicht schon Ende 2019 die Grenzen schließen müssen.“ Das ist alles Unfug.

(Zurufe von der AfD)

Denn wir brauchen eine ausgewogene Reaktion, die auch immer im Blick hat: Was bedeutet das jetzt für die Wirtschaft und für den Wohlstand unseres Landes?

(Beifall)

Deshalb kritisieren wir ausdrücklich nicht das Handeln der Landesregierung auf dem Verordnungsweg, und wir kritisieren auch nicht, dass vielleicht die eine Verordnung dann von einer anderen gleich überholt wird – in einer dynamischen Lage. Wenn man ausgewogen agieren will, ist das notwendig. Wir möchten Sie aber dennoch dazu aufrufen, die Verordnungen weiter zu aktualisieren. Es kann ja sein, dass man das eine oder andere bislang nicht berücksichtigt. In der aktuellen Situation passt es beispielsweise nicht zusammen, dass man sagt: Die Friseure dürfen offen bleiben, aber die Optiker nicht. Das passt nicht zusammen. In solchen Fällen macht es, glaube ich, Sinn, die Dinge nachzujustieren.

Natürlich müssen wir auch aus der Krise lernen. Wir müssen uns anschließend die Frage stellen: Was ist nicht gut gelaufen? Was muss man daraus vielleicht für das nächste Mal lernen? Aber ich glaube, es ist jetzt nicht die Stunde, sozusagen beckmesserisch zu schauen, was schiefgelaufen ist und wo man die Regierung vielleicht kritisieren kann.

Aufgabe des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber ist es an dieser Stelle ganz klar, darüber zu diskutieren: Wo sind in größerem Umfang finanzielle Mittel zur Krisenbekämpfung notwendig? Es ist klar, dass wir alles tun müssen, um etwa dem Sozialminister zu ermöglichen, Schutzmasken, Beatmungsgeräte und dergleichen Dinge mehr zu ordern. Selbstverständlich müssen diese finanziellen Mittel auf möglichst raschem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Wenn wir jetzt darüber hinaus diskutieren: „Was kann man für die Wirtschaft tun?“, so war es, glaube ich, richtig, die bestehenden Krisenreaktionsinstrumente möglichst rasch nachzuschärfen und zur Verfügung zu stellen. Sie haben sich im Übrigen auch bewährt – in der Finanzkrise 2007 bis 2009. Ich will nur daran erinnern, dass das Instrument der Landesbürgschaften nach meiner Kenntnis etwa 25 bis 30 Mal gezogen wurde und dass keine dieser Bürgschaften dann ausgefallen ist. Es wurde also richtig und zielgerichtet angewandt.

Aber in der jetzigen Lage ist es natürlich notwendig, auch noch zu weiteren Maßnahmen zu kommen – Stichwort Direkthilfen. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn die aktuell schon feststehenden Rücklagen in einer Größenordnung von etwa 850 Millionen € hier geöffnet werden, und möchten darum bitten, dass man die absehbaren künftigen Rücklagen für das nicht abgeschlossene Haushaltsjahr – die Finanzministerin habe ich so verstanden, dass sie mit etwa 700 Millionen € rechnet – jetzt auch für diesen Bereich öffnet. Es sollte nicht etwa gesagt werden: „Jetzt machen wir neue Schulden; wir lockern die Schuldenbremse“ – und die nicht ausgegebenen Haushaltsreste werden dann wieder gebunkert. Das sollte, glaube ich, schon sichergestellt werden.

Darüber hinaus – Stichwort Schuldenbremse –: Sie wissen, Herr Ministerpräsident, meiner Fraktion ist die Schuldenbremse immer wichtig gewesen. Deshalb hatten wir auch das Anliegen, gemeinsam mit Grünen, CDU und SPD eine Lösung hinzubekommen, um die Schuldenbremse in die Landesverfassung zu implementieren. Aber klar ist: In dieser Situation zeigt sich – und das sieht die Landeshaushaltsordnung auch vor, wie im Übrigen auch das auf den Weg gebrachte Instrumentarium zur Verfassungsänderung –: Notzeiten können eine Regierung und ein Parlament dazu bringen, zu sagen: Wir

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

stellen jetzt eine Naturkatastrophe oder eine wie auch immer geartete Sondersituation fest, um diese Schuldenbremse zu lockern, um eben jetzt im konkreten Fall nach der Landeshaushaltsordnung besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Es ist für unsere Fraktion völlig klar, meine Damen und Herren, dass diese Lage jetzt eingetreten ist. Deshalb ist für uns auch klar, dass nicht die Schuldenbremse, nicht das Prinzip der schwarzen Null das Gebot der Stunde sind. Dazu werden wir nach der Krise wieder zurückkehren müssen. In der jetzigen Situation ist es notwendig, die Möglichkeit für Direkthilfen zu schaffen – auch Direkthilfen, die deutlich über das hinausgehen, was wir an Haushaltsresten haben; sprich ein Milliardenprogramm – als rasche Hilfe für die Wirtschaft.

(Beifall)

Dazu sind wir bereit, Herr Ministerpräsident. Wir hätten uns allerdings von Ihnen am heutigen Tag eine Art Hausnummer gewünscht. Denn jetzt beginnt ja ein Überbietungswettbewerb. Frau Eisenmann ist zu hören mit 5 Milliarden €. Das hat die SPD gesehen und sagt: „Wir bieten 10.“ Ich könnte jetzt 15 Milliarden € bieten. Aber ich glaube, das ist nicht das Gebot der Stunde, sondern es macht Sinn, dass die Regierung einen Vorschlag macht. Deshalb verzichte ich ausdrücklich darauf, jetzt über irgendwelche Größenordnungen zu reden. Ich erwarte aber, dass die Regierung einen ausgewogenen Vorschlag macht.

Wie gesagt: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das jetzt schon machen, damit nun nicht dieser Überbietungswettbewerb beginnt, der nicht zielführend ist. Vielleicht ist er mit dem Wunsch verbunden, irgendwo in den Medien zu erscheinen – man bietet am meisten. Das macht an dieser Stelle aber keinen Sinn, und deshalb verzichtet die FDP/DVP-Fraktion darauf. Ich kann Ihnen aber zusichern, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie einen Vorschlag machen, der in diese Richtung geht – wir haben ja vorgestern lange telefoniert –, dann wird die FDP/DVP-Fraktion diesen mittragen und nicht sagen: Das ist zu wenig.

Klar ist, in welche Richtung es gehen muss. Baden-Württemberg ist ein Land, das ganz besonders vom Mittelstand geprägt ist. Wir haben gerade bei den kleinen und mittleren Betrieben viele, die ungeheuer stark betroffen sind und denen man im Grunde sogar so etwas wie ein Berufsverbot – aus der Not der Lage heraus – erteilt. Wenn ich einem Händler sage: „Du musst jetzt dein Geschäft schließen aufgrund der Coronakrise“, so ist das nachvollziehbar, was die Zielsetzung angeht. Es geht darum, die Verbreitung des Virus aufzuhalten und zu einer Verlangsamung des Epidemiegesehens zu kommen. Denn klar ist: Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist oberstes Prinzip. Aber das bedeutet für diesen Händler möglicherweise den Absturz ins wirtschaftliche Nichts – der dann auch für seine Beschäftigten eintritt.

Wir haben viele solcher Fälle im Land Baden-Württemberg – in der Gastronomie, im Tourismusgewerbe, bei den Schaustellern, beim Messebau; den Handel habe ich bereits genannt. Viele andere aus diesen Bereichen sind ebenfalls betroffen, die nicht die Chance haben, Rücklagen zu bilden, die ihr Geschäft möglicherweise schließen müssen, während die Mieten doch weiterlaufen. Wir sehen also all diese Punkte, die zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen – für den Einzelnen, aber auch für den Wirtschaftsprozess insgesamt.

Deshalb ist es an dieser Stelle richtig, sozusagen vom ordnungspolitischen Purismus abzuweichen und zu sagen: Wir machen diese Direkthilfen – auf die Gefahr hin, dass es Mitnahmeeffekte gibt, auf die Gefahr hin, dass sie zu verlorenen Zuschüssen werden. Wir werden jedenfalls in dieser Situation nicht die ansonsten üblichen Prüfverfahren – Hausbank, L-Bank etc. – anwenden können – die Zeit haben wir schlicht nicht –, sondern es ist notwendig, ein beschleunigtes und unbürokratisches Antragsverfahren hinzubekommen.

(Beifall)

Natürlich kann der Landtag von Baden-Württemberg auf der Homepage darüber informieren. Ich würde mir aber vor allem wünschen, dass dies das federführend zuständige Wirtschaftsministerium tut und möglichst rasch die Verbände und die Unternehmen darüber informiert, welches Antragsverfahren vorgesehen ist. Nach Möglichkeit sollte unbürokratisch ein Antrag im Umfang von einer Seite ausgedruckt und innerhalb von wenigen Minuten ausgefüllt werden können, damit das Geld schnell fließt. Im Idealfall weiß jeder Kleinunternehmer, jeder Mittelständler in Baden-Württemberg dies schon zu dem Zeitpunkt, an dem das Geld bereitsteht, um abzufließen.

Wir brauchen eine rasche Kommunikation und ein unbürokratisches Verfahren. Im Grunde müsste es so sein, dass unmittelbar mit dem Beschluss des Landtags von Baden-Württemberg die Summe X für Direkthilfen zur Verfügung steht und die Betroffenen damit beginnen können, die Anträge zu formulieren und einzureichen.

(Vereinzelt Beifall)

Klar muss aber auch sein, dass wir nicht von vornherein sagen sollten: „Das sind jetzt verlorene Zuschüsse. Wir reichen das Geld aus, und es ist dann eben weg.“ Im Nachhinein sollte man schon aus Gründen der Gleichbehandlung und im Sinne einer möglichst umfassenden Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen noch einmal hinschauen und das Ganze überprüfen.

Wo muss man verlorene Zuschüsse abschreiben? Es ist natürlich klar: Wenn ein Unternehmen trotzdem in die Insolvenz geht, dann kann man diese Direkthilfen nicht zu Krediten umwandeln. Wenn klar erkennbar ist, dass dieses Unternehmen in dieser Krise in erheblichem Maß gelitten hat und es das in seinen Erträgen nie mehr aufholt, dann sollte man das Ganze auch als Zuschuss betrachten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Dr. Baum zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Vielen Dank, Herr Rülke. – Ich möchte Sie fragen, da Sie jetzt verschiedene Maßnahmen angesprochen haben, die gemeinsam zu bewältigen oder gemeinsam zu organisieren sind: Sehen Sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen, dass wir wirklich gemeinsam – also alle Fraktionen in diesem Parlament – zusammenarbeiten sollten, oder schließen Sie die AfD weiterhin aus?

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Abg. Baum, Sie haben mir bisher wenig Anlass geboten, Hoffnung zu schöpfen, dass Ihre Fraktion zu irgendeiner Form von konstruktiver politischer Arbeit fähig ist.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Also heißt das Nein!)

Wir wollen keine Wettbewerbsverzerrung, sondern wir wollen, dass man im Nachhinein hinschaut, differenziert, und dann dort, wo man feststellt: „Es war möglicherweise ein Mitnahmeeffekt“, wo man feststellt: „Es war gut zur Überbrückung, aber das Unternehmen ist ertragsstark“, das Ganze in Kredite umwandelt.

Das ist aber zu dieser Stunde nicht das Gebot, sondern das Gebot der Stunde ist jetzt, möglichst rasch, möglichst unbürokratisch diese Direkthilfen zur Verfügung zu stellen, damit die Unternehmen nicht den Eindruck bekommen: „Einerseits verbietet uns die Politik das Geschäft, auf der anderen Seite lässt sie uns dann im Regen stehen.“ Das ist, glaube ich, in unserem ureigensten Interesse.

Die Bürger in diesem Land erwarten von uns, dass wir in einer solchen Situation alles tun, um einerseits die Gesundheit der Menschen zu schützen, auf der anderen Seite aber auch den Wohlstand zu bewahren und Sorge dafür zu tragen, dass es nach dieser Krise wirtschaftlich wieder rasch bergauf geht.

Ich glaube, das, was Sie, Herr Ministerpräsident, am heutigen Tag umrissen haben, ist ein Beitrag dazu. Deshalb wird meine Fraktion Ihre Regierung dabei unterstützen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weltweit verbreitet sich das Coronavirus sehr schnell – leider auch in Baden-Württemberg. Diese Pandemie verlangt unserer Gesellschaft vieles ab. Deshalb müssen wir für eine begrenzte Zeit auf vieles verzichten, was normalerweise zu unserem Alltag gehört.

Die Maßnahmen und Instrumente, die wir jetzt zur Bewältigung dieser Krise einsetzen müssen, sind eben nicht im aktuellen Rahmen des Doppelhaushalts abzubilden. Deshalb ist es notwendig und richtig, jetzt die Flexibilität zu nutzen, die die Schuldenbremse bietet. Der Landtag kann und muss in dieser Situation den Fall einer Naturkatastrophe feststellen – eine Naturkatastrophe, die sich der Kontrolle des Landes entzieht und die dessen Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Wir sprechen uns dafür aus, den Weg über die Feststellung einer Naturkatastrophe nach § 18 der Landeshaushaltsordnung zu gehen. Mit der Ausbreitung des Coronavirus in Baden-Württemberg liegt buchstäblich eine solche Naturkatastrophe vor. Daran gibt es leider keine Zweifel.

Meiner Fraktion sind zwei Anliegen wichtig. Zum einen wollen wir die Ausbreitung des Virus verlangsamen und die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems stärken. Zum anderen wollen wir mit einem gezielten wirtschaftspolitischen Förder-

programm die ökonomischen Folgen dieser Pandemie bekämpfen. Beides ist mit den derzeit zur Verfügung stehenden Finanzmitteln nicht möglich. Daher sind wir bereit, zur Bewältigung dieser Naturkatastrophe und ihrer Folgen Kredite bis zu einer Höhe von 5 Milliarden € aufzunehmen.

(Beifall)

Die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der CDU werden unter Tagesordnungspunkt 2 einen gemeinsamen Antrag vorlegen. Ich darf mich bei Herrn Kollegen Reinhart für die sehr konstruktive und gute Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang bedanken.

Es ist, liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Stoch hat es angesprochen –, eine außergewöhnliche Situation. Das müssen wir uns vor Augen führen. In dieser außergewöhnlichen Situation – Kollege Stoch und Kollege Rülke haben es gesagt – ist schnelles und entschlossenes Handeln erforderlich. Deswegen sind wir sehr dafür, bereits heute diese Kreditaufnahme zu beschließen, um auch ein klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft zu senden.

(Beifall)

Wir handeln besonnen, beherzt und entschlossen, um die Coronakrise einzudämmen und die Folgen abzumildern. Baden-Württemberg hat die Mittel und die Instrumente dazu. Wir werden diese nutzen und alles tun, was notwendig und möglich ist, um unser Land und die Menschen vor gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu bewahren.

Wir haben bei den Beratungen zum Doppelhaushalt im letzten Jahr mit Recht darauf hingewiesen, dass wir eine hohe Rücklage für Krisenzeiten brauchen. Über 900 Millionen € haben wir der Rücklage für Haushaltsrisiken zugeführt. Diese hohe Rücklage zahlt sich jetzt aus. Denn wir können bereits jetzt, wenn wir das Haushaltsgesetz heute anpassen, die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen und die Wirtschaft in unserem Land zu unterstützen, sodass sie stabil und handlungsfähig bleibt. Das heißt, der Landtag kann heute ein klares Signal aussenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Soloselbstständige, Kultur- und Kreativschaffende, Sozialunternehmen, Gastronomie und Tourismus geraten durch unterbrochene Lieferketten, Produktionsstillstand, Quarantänemaßnahmen, Auftragsausfälle in große Liquiditätsengpässe. Da denkt man immer: Das ist so ein technischer Begriff: „Liquiditätsengpässe“. Aber er spiegelt im Grunde wider, in welchen Notlagen sich die Betroffenen sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in diesen Bereichen tätig sind, befinden.

Lassen Sie mich das ganz klar formulieren: Diesen Unternehmen brechen buchstäblich die Einnahmen, ihre wirtschaftliche Grundlage, weg. Deswegen müssen wir diesen Unternehmen rasch und unbürokratisch helfen. Ich sage es hier ganz deutlich: Wir müssen diesen Unternehmen auch über Direktzahlungen, Direkthilfen und Direktzuschüsse helfen.

(Beifall – Zuruf: Richtig!)

(Andreas Schwarz)

Ich finde diese Debatte gut – auch die Beiträge, die aus zwei der Oppositionsfractionen gekommen sind. Denn sie macht deutlich: Wir krepeln gemeinsam die Ärmel hoch. Wir mobilisieren alle Kräfte und tun all das, was nötig ist.

Es ist heute nicht die Zeit der großen Debatten; es ist die Zeit der Entscheidung. Diese Entscheidung wollen wir treffen. Unser Signal ist klar: Wir lassen niemanden in Baden-Württemberg allein.

(Beifall)

Wir werden diejenigen mit wirtschaftlichen Hilfen unterstützen, die es am härtesten trifft. Wir geben den Beschäftigten sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Land eine klare Zusage, dass wir als politisch Verantwortliche alles dafür tun werden, Arbeitsplätze und Unternehmen zu erhalten.

Dafür schaffen wir heute die notwendigen Voraussetzungen. Im steuerlichen Bereich hat die Finanzministerin bereits vor Tagen angekündigt, alle zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um finanzielle Schwierigkeiten der Unternehmen abzumildern. Dazu gehören Steuerstundungen, Fristverlängerungen, ein Entgegenkommen bei den Vorauszahlungen. Das sind wichtige Signale an die Unternehmen, und es sind auch richtige Signale. Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall)

Darüber hinaus werden wir unter Tagesordnungspunkt 2 einen Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt einbringen, der heute Morgen schon im Finanzausschuss vorberaten wurde. Damit schaffen wir die Möglichkeit, notwendige Maßnahmen unmittelbar aus der Rücklage für Haushaltsrisiken zu finanzieren. Das sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie im gesundheitlichen Bereich und erste Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.

Mit der Feststellung einer Naturkatastrophe und dem Beschluss einer erheblichen Kreditemächtigung werden wir dafür sorgen, dass schnellstmöglich ein großer, ein tragfähiger Rettungsschirm für unsere Wirtschaft aufgespannt werden kann. Ein Darlehen in Höhe von 5 Milliarden € macht in meinen Augen deutlich, dass wir hier entschlossen und überzeugt handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Die Botschaft an die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist klar: Wir lassen sie nicht allein, wir helfen schnell und unbürokratisch.

Das ist aber keine leichte Entscheidung; das muss ich an dieser Stelle auch ganz ehrlich sagen. Denn dieses Darlehen in Milliardenhöhe, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir ja später zurückzahlen. Der Tilgungsplan, den wir hierzu beschließen müssen, wird uns auch diese Herausforderung deutlich vor Augen führen. Zur Wahrheit gehört dann eben auch, dass wir in den Folgejahren den Gürtel etwas enger schnallen müssen.

In der Abwägung zwischen diesen Punkten bleibe ich jedoch dabei: Jetzt ist schnelle Hilfe angezeigt, jetzt ist Solidarität ge-

fragt. Daher ist dieser umfassende Schutzschirm für Unternehmen ein wichtiges und richtiges Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat den Zugang zum Kurzarbeitergeld erleichtert und den Zugang zu Krediten und Bürgschaften verbessert. Wir begrüßen diese Maßnahmen der Bundesregierung, um Arbeitsplätze und Unternehmen aller Größen und Branchen zu stützen. Auch das Land unterstützt die Unternehmen, die betroffen sind, schnell und unbürokratisch mit Programmen der L-Bank, mit Programmen der Bürgschaftsbank. Darüber hinaus werden wir die Bürgschaftsquote und den Bürgschaftsrahmen für Landesbürgschaften erhöhen. Wir erhöhen die Mittel von 200 Millionen € auf 1 Milliarde €. Das heißt, wir verfünffachen die Mittel. Auch das ist ein wichtiges und richtiges Signal.

(Beifall)

Die Wirtschaft, unser starker Partner in dieser Zeit, sagt uns aber auch: Diese Maßnahmen erreichen nicht alle Unternehmen. Gerade kleine Unternehmen, Soloselbstständige können auf einen Teil der Instrumente nicht zugreifen. Wichtig ist der grünen Landtagsfraktion, dass wir in dieser Situation Verantwortung für die Wirtschaft in unserem Land übernehmen, für alle Unternehmen, für große, für mittlere und kleine Unternehmen genauso wie für Soloselbstständige.

Wir ergreifen jetzt alle notwendigen Maßnahmen, um eine Welle von Insolvenzen und eine schwere Infektion unserer Wirtschaft zu verhindern. Dafür werden wir ein milliardenschweres, starkes Soforthilfeprogramm für kleine und mittlere Unternehmen und Soloselbstständige auf den Weg bringen. Dabei geht es um Direkthilfen zur Unterstützung von Kleinunternehmen und Soloselbstständigen, wenn sie nachweislich Umsatzeinbußen durch die Coronapandemie haben und ihre wirtschaftliche Existenz bedroht ist.

Wichtig dabei ist eine enge Abstimmung mit der Europäischen Union und dem Bund, damit wir insgesamt eine abgestimmte und kohärente Strategie haben, um die Unternehmen in unserem Land bestmöglich zu unterstützen.

(Beifall)

Was wir nicht brauchen, sind Alleingänge. Das ist schon angesprochen worden. Jetzt ist Zusammenhalten angesagt; nur dann können wir erfolgreich sein. Auch alle Bürgerinnen und Bürger sind jetzt gefragt, jeder und jede nach seinen und ihren Möglichkeiten.

Ich appelliere an die Eigenverantwortung, an die Solidarität. Es ist wichtig, dass wir alle mithelfen, die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. Bitte denken Sie an die Menschen, die im Moment nicht so gesund, nicht so stark sind, die auf unsere Hilfe, unsere Solidarität angewiesen sind. Je konsequenter wir alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen im Alltag beherzigen, desto unbeschadeter kommen wir durch diese Krise.

Das gilt auch für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Wer solidarisch ist, verzichtet auf das Hamstern. Niemand muss in diesen Wochen hamstern. Alles, was nötig ist, steht

(Andreas Schwarz)

zur Verfügung, und die Versorgung der Bevölkerung ist auch weiterhin gewährleistet. Bleiben wir solidarisch, halten wir zusammen, dann kommen wir gestärkt aus dieser Krise heraus.

(Beifall)

Es gibt viele, die in diesen Tagen ganz besonders gefordert sind, die für unsere Gesundheit da sind und die das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge aufrechterhalten. Diesen Personen möchte ich ganz herzlich danken: den Ärztinnen und Ärzten, dem Personal in den Kliniken, den Apotheken, den Arztpraxen, den Rettungsdiensten und den zahlreichen Pflegekräften.

(Vereinzel Beifall)

Ich danke denjenigen, die für die Versorgung der Bevölkerung arbeiten, sei es in den Supermärkten, den Bäckereien, Apotheken oder in der Landwirtschaft. Ich danke auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden, in den Verwaltungen – auch hier in der Landtagsverwaltung –, der Polizei und der Feuerwehr. Vielen Dank für Ihren wichtigen Einsatz in diesen Tagen.

Und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, rufe ich zu: Bleiben Sie gesund!

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Land ist in einer außergewöhnlichen Lage. Das verlangt deshalb auch außergewöhnliches Handeln. Die Bundeskanzlerin hat gestern von der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen. Wir sind entschlossen, dieser Krise standzuhalten. Deshalb werden wir alles tun, was möglich ist und was notwendig ist, um die Folgen dieser Epidemie aufzufangen. Dafür werden wir alle Kräfte mobilisieren.

(Beifall)

In der Tat, die Fallzahlen steigen aktuell weiter. Deshalb muss unser Ziel lauten, die Menschen zu schützen und natürlich auch dafür zu sorgen, dass auch die Wirtschaft möglichst unbeschadet über diese Klippe kommt. Das ist eine echte Prüfung für uns alle. Dabei gilt: Erst die Menschen schützen, retten und versorgen und als Nächstes der Wirtschaft helfen.

Ich möchte mich an dieser Stelle dem Dank an alle anschließen, die in diesen Tagen tätig sind, die nicht daheim bleiben können, nämlich an die Beschäftigten in den Arztpraxen, den Behörden, den Rettungsdiensten, bei Polizei und Feuerwehr. Ich danke den Helfern, auch den ehrenamtlichen Helfern. Sie leisten einen wichtigen Dienst für unser Allgemeinwohl und haben unseren Dank verdient.

(Beifall)

Deutschland steht vor einer schweren Prüfung, und die Schwächsten sowie die Kranken brauchen unsere Solidarität. Übrigens

werden in diesen Tagen rund 100 000 Urlauber in einer Rückholaktion nach Hause gebracht.

Wir erleben aktuell eine völlige Veränderung unseres Alltags. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir alles tun, um diese Epidemie einzudämmen und die Auswirkungen abzumildern. Hierbei hat die Landesregierung unsere volle Unterstützung. Wir stehen hinter den Maßnahmen, die bisher beschlossen worden sind.

(Beifall)

Gesundheit geht vor. Wir müssen Leben retten. Darum geht es jetzt. Dafür müssen wir alles aktivieren und einsetzen. Genau deshalb hat die Landesregierung große Einschränkungen des öffentlichen Lebens angeordnet. Denn es geht, wie der Ministerpräsident gerade gesagt hat, um die Verlangsamung der Epidemie.

Uns ist klar: Für viele Menschen bedeuten diese Einschränkungen eine große Zumutung; sie schmerzen auch. Es tut weh, wenn wir erleben, wie unser geschäftiges Baden-Württemberg gebremst und gedämpft wird. Doch nach allem, was wir wissen, sind diese Entscheidungen zu unser aller Wohl notwendig.

Deshalb unterstützt unsere Fraktion die hier vorgetragenen Maßnahmen ohne Vorbehalt. Selbst wenn Ausgangssperren erforderlich werden, haben wir dafür Verständnis. Auch das will ich an diesem Tag sagen.

(Beifall)

Das Wichtigste und Wirksamste ist aktuell der Faktor Zeit. Die Fallzahlenkurve abzuflachen, das ist der Ruf der Stunde. Das gelingt nur, wenn wir alle zusammenarbeiten und wenn wir alle, jeder an seinem Platz, Verantwortung und Gewissen für das Ganze zeigen.

(Beifall)

Denn die getroffenen Entscheidungen bedeuten eine erhebliche Einschränkung auch der Freiheit. Aber hier gilt: Freiheit geht stets nur mit Verantwortung. Deshalb geht es darum, das Gemeinwohl zu beachten, auch Solidarität zu zeigen.

Es kommt jetzt darauf an, dass der Staat als Krisenmanager agieren kann. Deshalb muss dieses Parlament den Weg für umfangreiche Hilfen frei machen. Wir müssen Baden-Württemberg im Angesicht der Krise handlungsfähig machen. Deshalb öffnen wir heute auch die Risikorücklage im Landeshaushalt. Der Ministerpräsident hat bereits vorgetragen, dass wir die Schuldenbremse gemäß § 18 der Landeshaushaltsordnung öffnen. Wer hätte gedacht, dass wir so schnell vor dieser Notwendigkeit stehen? Vor wenigen Wochen haben wir miteinander einvernehmlich besprochen und beschlossen, mit Blick auf die Zukunft die Verfassung zu ändern. Und schon jetzt stehen wir genau vor der Notwendigkeit, die Schuldenbremse zu öffnen.

Dieses Parlament macht in dieser Zeit den Weg für eine Öffnung der Schuldenbremse frei. Denn wir müssen alle sehen, dass im Moment auch die Experten eine Rezession voraussagen. Dabei wissen wir noch nicht, in welchem Ausmaß, in welchem Umfang sie auf uns zukommen wird. Der Chef des

(Dr. Wolfgang Reinhart)

ifo-Instituts hat dieser Tage prognostiziert, dass ein Minuswachstum von mehr als 4 % zu erwarten ist, wenn die Lage vier Wochen anhält, und ein Minuswachstum von mehr als 8 % zu erwarten ist, wenn sie zwei Monate anhält. Wir wissen, dass in diesem Land das Minus im Jahr 2008 bei über 7 % lag. Aber im Moment können wir gar nicht absehen, wie intensiv die Auswirkungen auf die Wirtschaft noch sein werden.

Wir schaffen heute auch unverzüglich die Ermächtigungsgrundlage, um den dringendsten Bedarf zu decken. Wir haben Rücklagen für Haushaltsrisiken, die übrigens über die erwähnten 900 Millionen € hinausreichen. Wir haben beschlossen – heute Morgen wurde auch im Finanzausschuss darüber gesprochen –, für die Jahre 2020 und 2021 697 Millionen € respektive 201 Millionen € den Rücklagen zuzuführen. Ende des Jahres 2019 hatten wir 853 Millionen €. Wenn wir die Vorbelastungen von 525 Millionen € abziehen, ergibt sich, dass wir aktuell 1,2 Milliarden € an aktivierbaren Rücklagen haben.

Diese Mittel müssen wir verwenden, z. B. für die Beschaffung von Schutzmasken, von Atemgeräten, von Testkits, aber auch für den Aufbau von Laborkapazitäten und vieles mehr. Dem Dank des Ministerpräsidenten an die Forscher in Tübingen und anderswo in unserem Land schließen wir uns ausdrücklich an. Nur mit ihnen kann es gelingen, dass wir schnell einen Impfstoff bekommen.

(Beifall)

Die nötigen Beschaffungen reichen bis zu Beatmungsgeräten, die eventuell nicht in genügender Zahl vorhanden sind. Es geht auch um den Aufbau und die Aufstockung der verfügbaren Intensivbetten.

Wir wollen, dass alle, die schwer krank werden, maximale Versorgung und bestmögliche Hilfe bekommen. Wie schnell und erfolgreich wir hier vorankommen, entscheidet darüber, wie gut Baden-Württemberg diese Viruswelle überstehen kann. Der Sozialminister hat unsere Unterstützung, dass er all die Mittel bekommt, die hierfür nötig sind.

(Beifall)

Es zeigt sich: Es war klug und richtig, die Risikorücklage im Haushalt in guten Zeiten aufzubauen und sie vor allem auch zu erhalten. Sie ist jetzt buchstäblich lebenswichtig. Wir müssen in dieser Lage schnell handeln. Dabei müssen wir uns auch den Unternehmen widmen. Diese müssen wir vor dem Untergang retten. Wir müssen Arbeitsplätze erhalten. Wir müssen der Wirtschaft in unserem Land jetzt beistehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dazu gehört, dass wir den Betrieben jetzt eine Brücke bauen. Denn diese Lage ist mit nichts zu vergleichen, was wir kennen. Diese Krise wirkt global, und sie wirkt total, sowohl auf das Angebot als auch auf die Nachfrage.

Das betrifft nicht nur die Börsen. Als wir in der vergangenen Woche eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt hatten, hätten wir nicht gedacht, dass wir uns heute, eine Woche später, schon in dieser Situation befinden. Es gab beispiello-

se Kursstürze. Der DAX ist allein in einem Monat um rund 5 000 Punkte gefallen. Auch andere Indikatoren sind eingebrochen. Der ZEW-Konjunkturausblick weist den größten Einbruch aller Zeiten aus.

Die Institute werden heute ihre Frühjahrsprognosen vorstellen. Niemand zweifelt mehr daran, dass es eine tiefe Rezession geben wird. Die Frage ist allein, wie tief und wie lange sie sein wird. Wir hören, dass Porsche, Daimler etc. die Produktion eingestellt haben.

Viel mehr als die Zahlen bewegen uns, die Abgeordneten dieses Parlaments, die unzähligen Anrufe und E-Mails, die uns jeden Tag erreichen. Es sind Nachrichten von Menschen, die sich mit großem Einsatz eine Existenz als Selbstständige aufgebaut haben und denen jetzt der Boden unter den Füßen fehlt. Gastronomiebetriebe, kleine und mittlere Unternehmen haben Liquiditätsengpässe.

Aus dem vorgenannten Grund hat sich unsere Fraktion heute Morgen getroffen. Das ist auch der Grund für den verspäteten Beginn der Sitzung dieses Parlaments. Wir haben gesagt: Wir können und dürfen nicht länger zuwarten, wir müssen helfen, und zwar heute. Wann, wenn nicht jetzt, und wo, wenn nicht hier?

(Beifall – Zuruf: Genau!)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch bei der Frau Finanzministerin und dem Herrn Ministerpräsidenten, dass sie das mittragen. Die Mitglieder der Landesregierung, die Wirtschaftsministerin hat ein wichtiges Programm für wertvolle und wichtige Hilfen, die jetzt vor uns liegen, in Aussicht gestellt.

Meine Damen und Herren, es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Die Situation geht an die Substanz. Wir brauchen jetzt einen starken Damm gegen die anrollenden Pleitewellen. Denn gerade kleine Betriebe, viele Selbstständige, ganze Branchen stehen vor dem Nichts – und dann null Geschäft bei voll weiterlaufenden Kosten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir den Betroffenen zur Seite stehen, dass wir auch den kleinen und mittleren Unternehmen beistehen. Das ist die Forderung dieser Stunde.

(Beifall)

Baden-Württemberg hat 420 000 Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Die meisten von ihnen können diesen beispiellosen ökonomischen Fadenabriss aus eigener Kraft nicht aushalten. Es droht der Verlust eines ganzen Teils unseres Wirtschaftslebens, und die Schockwellen haben längst auch die Kernindustrien, auch die großen Flaggschiffe – Maschinenbau, Fahrzeugbau etc. – erreicht. Deshalb ist es wichtig, dass der Bund zusammen mit uns im Land schnell und mit voller Kraft handelt.

Es ist wichtig, dass in einer solchen Stunde nicht krämerisch gerechnet, sondern zupackend geholfen wird. Dafür steht auch das Bundesprogramm, das gemeinsam von Bund und Ländern jetzt – Der Herr Ministerpräsident hat heute Mittag ein Telefonat auch mit der Bundeskanzlerin; der Bundeswirtschaftsminister hatte in Berlin gemeinsame Gespräche mit der Landeswirtschaftsministerin.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Jetzt gilt es, auf europäischer, auf Bundes- und auf Landesebene und, füge ich hinzu, auch auf der Ebene der Kommunen gemeinsam zusammenzustehen und der Wirtschaft zu helfen, über diese Talsohle hinwegzukommen.

(Beifall)

Jetzt müssen die richtigen Instrumente breit ausgerollt werden. Es wurde zu Recht erwähnt: Wir brauchen dringend eine großzügige Lockerung beim Kurzarbeitergeld mit voller Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge. Wir brauchen Steuerstundungen, eine Senkung von Vorauszahlungen und den Verzicht auf Vollstreckungen. Wir brauchen auch die Ausweitung von Liquiditätskrediten und Bürgschaften.

Nicht zuletzt – das ist gerade jetzt für viele ein elementarer Vorschlag, den auch der Landesjustizminister und die Bundesjustizministerin schon veröffentlicht haben – müssen wir jetzt die Insolvenzantragsfristen aussetzen, und zwar, wie vorgeschlagen, bis Ende September. Denn jedes Unternehmen, das sagt: „Wir sind illiquide“, steht unter Druck. Es gibt nur zwei Insolvenzgründe: Illiquidität oder Überschuldung. Wenn jetzt gesagt wird: „In drei Wochen mache ich mich strafbar“, aber gleichzeitig über Sanierungshilfen verhandelt wird, müssen wir den Druck rausnehmen und diesen Unternehmen helfen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir auch den massiven Schutzschild flankieren und verstärken und geben wir auch für schnelle Wirtschaftshilfen die Risikorücklage in Milliardenhöhe frei. Wir verfünffachen auf Vorschlag der Wirtschaftsministerin dieser Landesregierung und des Ministerpräsidenten damit auch den Bürgschaftsrahmen – von bisher 200 Millionen € auf 1 Milliarde €.

Ganz wichtig ist auch, dass man jetzt die Bürgschaftsquote auf 80 % erhöht. Damit brauchen wir jetzt in der Tat den etablierten und bewährten Instrumentenkasten – Herr Kollege Rülke, Sie haben angeführt, dass er 2008 schon einmal gezogen werden musste –, um diese Krise aufzufangen.

Ich erinnere daran: 2008 war eine der größten Bürgschaftsdiskussionen, z. B. Heidedruck. Damals hatten Land und Bund zusammen in der Addition sogar 90 %. Davon ist man dann wieder wegkommen und hat gesagt, 50 % reichten bei Bürgschaften normalerweise aus. Damals hat man geholfen. Es hat gewirkt. Deshalb sind Firmen wie Schaeffler, Conti oder Heidedruck noch am Leben. Die würde es nicht mehr geben, wenn wir damals nicht geholfen hätten.

(Beifall)

Insoweit habe ich auch schon am Montag und in der letzten Woche für meine Fraktion gesagt: Das Land muss mit seinen Mitteln alles tun, um die Folgen der Krise für die Wirtschaft zu dämpfen. Da sind wir uns einig, auch mit unserem Koalitionspartner. Die Aussage „whatever it takes“ trifft genau hier zu. Denn der Tag 1 nach der Coronawelle darf nicht die Stunde null der baden-württembergischen Wirtschaft werden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Da bin ich für die Kooperation, auch für die konstruktiven Beratungen heute Morgen sehr dankbar. Herr Kollege Stoch, Herr Kollege Rülke, ich möchte mich auch für Ihre klaren Aussagen hier bedanken, dass wir in der Not zusammenstehen müssen und rasch helfen müssen. Wir alle kennen das Schutzschildprogramm in Berlin. Aber wir müssen es vom Land aus ergänzen.

Gerade in dieser schweren Stunde, in der Ängste draußen im Land herrschen, ist es wichtig, dass wir nicht erst in der nächsten oder der übernächsten Woche, sondern dass wir heute, hier und jetzt, handeln. Deshalb ist es heute, meine ich, auch an der Zeit, dass wir nachher – nach der Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 – der Regierung diese Hilfe, eine Kreditemächtigung in Höhe der erwähnten 5 Milliarden €, zur Verfügung stellen. Denn dann kann auch umfassend gehandelt werden.

(Beifall)

Mit diesem Nothilfefonds, der in der Tat – – Das hat nichts mit Überbietungswettbewerb, Wahlkampf oder Ähnlichem zu tun. Vielmehr sind das ernst gemeinte und sinnvolle Überlegungen, die sich bewährt haben. Jetzt müssen direkte Hilfen gerade für die Gastronomen, die kleinen Mittelständler etc. verabschiedet werden. Wir müssen den akut betroffenen Betrieben sofort und ohne großen bürokratischen Aufwand direkte Hilfen jenseits der bewährten Liquiditäts- und Bürgschaftsprogramme geben. Ihnen droht ansonsten sehr rasch die Kreditunfähigkeit. Wir müssen den Betroffenen deshalb direkt und schnell mit barem Geld unter die Arme greifen.

(Beifall)

Das können wir, auch indem wir – – Übrigens, Schleswig-Holstein hat gestern 500 Millionen € für einen solchen Nothilfefonds bewilligt.

Wir sollten und müssen außerdem einen Beteiligungsfonds unter dem Dach der L-Bank entwickeln, um besonders betroffene Unternehmen auch beim Eigenkapital zu stärken. Wir erleben nämlich gerade auch den Ausnahmefall. Dazu ist ja Tagesordnungspunkt 1 anberaumt, dass die Schuldenbremse bei dieser Naturkatastrophe aufgehoben wird.

Wir sollten diese Möglichkeiten nutzen. Wann, wenn nicht jetzt? Deshalb unterstützen wir den Ministerpräsidenten und die Landesregierung. Ich bin überzeugt: Das, was wir heute mit Maß und Mut entscheiden, wird sich morgen für unser Land doppelt auszahlen. Es geht um das Überleben Tausender Unternehmen. Es geht um den Wohlstand von Millionen, und damit geht es um die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Situation in unserem Land ist mindestens so schlimm wie seit 1945 nicht mehr. Die Vorgänge sind beispiellos, und sie sind deswegen beispiellos, weil ein derartiger Zusammenbruch und eine derartige Gefährdung nach meiner Erinnerung menschengeschichtlich so noch nie stattgefunden haben.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Wir haben eine Bedrohung medizinischer Art durch ein Virus, dessen Effekte, Ansteckbarkeit,

(Unruhe)

Infektionsrate, Letalität wir noch gar nicht abschätzen können. Wenn ich heute lese, dass im Iran die Befürchtung besteht, dass dreieinhalb Millionen Menschen an den Folgen dieser Viruserkrankung sterben – als Maximalvariante, aber durchaus nicht unwahrscheinlich –, so erfüllt mich dies mit großer Sorge und viele Bürger mit Angst und Schrecken.

Daneben sind die Effekte zu nennen, die durch den Einbruch und den Zusammenbruch wirtschaftlichen Miteinanders erfolgen. Es ist nicht der schwarze Schwan, mit dem einige gerechnet haben, der ein ohnehin marodes System zum Einsturz bringen würde, sondern das sind Effekte, die selbst bei einem gesunden Wirtschaftssystem, glaube ich, kaum aushaltbar sind.

Wir werden uns auf sehr schwere Zeiten gefasst machen müssen, und wir werden unseren Gürtel sehr, sehr, sehr eng schnallen müssen, wenn diese Krise vorbei ist.

Angesichts dieser Erwartungen, angesichts der großen Not, die hier herrscht, halte ich es für dringend geboten – wie auch vorhin gesagt –, dass die Gegnerschaft an dieser Stelle komplett beseitigt wird. Es darf nicht sein, dass wir die Mitglieder in unserer Gesellschaft unterschiedlich behandeln. Es gehören alle dazu: von Blau – AfD – über CDU, FDP/DVP, Grüne, SPD bis zu den Linken – oder wer auch immer in den Parlamenten sitzt. Alle Bürger sind gehalten, mitzuarbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe an dieser Stelle keinerlei Verständnis mehr. Und Sie wissen, ich bin einer der schärfsten Kritiker der Regierung und halte auch nicht zurück. Aber an dieser Stelle möchte ich dem Ministerpräsidenten Mut zusprechen und ihm danken, dass er endlich Maßnahmen ergreift.

Eine mögliche Kritik gab es in den vergangenen Wochen bereits – Sie können sie in den Protokollen nachlesen –, aber hier und jetzt ist keine Zeit für Kritik mehr. Hier und jetzt ist nur noch Zeit, dass jeder von uns – Ich betone: jeder, Herr Rülke, jeder, Herr Stoch. Jeder!

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt keine Opposition zweiten Grades. Meines Erachtens sollte es hier überhaupt keine Opposition geben. Ich fände es gut, wenn die Landesregierung eine überparteiliche Zusammenarbeitstruktur schafft, in der alle Parlamentarier, die wir uns alle dem Volk, das uns gewählt hat, gegenüber verantwortlich fühlen, in der jeder seine Expertise hier einbringen kann.

Ich werde Anfang April eine neue Praxis eröffnen – ich bin dankbar, dass ich das darf –,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ist die Werbung erlaubt?)

und ich werde mir überlegen, wie ich hier aktiv an der Bekämpfung dieses Virus teilnehmen kann. – Herr Professor Reinhart, das ist ja keine Werbung; ich begeben mich dadurch

vielmehr in Gefahr; um es einmal ganz klar zu sagen. – Es darf nicht sein, dass eine Kollegin Baum, die Zahnärztin ist, die Ärztin ist, hier ausgeschlossen bleiben sollte, dass ein Kollege Gedeon, der Arzt ist, seine Expertise anböte, dann ausgeschlossen würde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir alle brauchen einander.

Ich bitte Sie dringend, an dieser Stelle bis zur Bereinigung dieses gigantischen Problems, dessen Lösung noch alle unsere Kräfte erfordern wird, zusammenzuarbeiten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] verlässt das Redepult. – Vereinzelt Beifall)

– Danke schön.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wie ist es eigentlich mit der Kleiderordnung? – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie haben Sorgen, Frau Razavi!)

Herr Abg. Dr. Gedeon, Moment. Bitte warten Sie, bis das Redepult desinfiziert wurde.

(Das Redepult wird desinfiziert. – Zurufe – Unruhe)

– Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie haben nun das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von der Kirche zurück ins Parlament.

(Vereinzelt Lachen)

Gestern noch den großen Coronakarneval gefeiert, heute den Coronanotstand – von einem Extrem ins andere. Meine Damen und Herren, wir sprechen von einer „Katastrophe“. Es gibt bei uns 20 Tote und 6 000 Infizierte. Die meisten der Infizierten sind putzmunter. Die meisten sind putzmunter! Wie nennen wir denn das, was in Australien passiert, wo der halbe Kontinent brennt? Wie nennen wir das, was ein Tsunami in Indonesien angerichtet hat? Das Wort „Katastrophe“ haben wir schon verbraucht.

Bei uns ist ja nicht einmal die „Übersterblichkeit“ geklärt. Was heißt „Übersterblichkeit“? Sterben in diesem Jahr an akuten Atemwegserkrankungen mehr als im Jahr zuvor und in den zurückliegenden Jahren? Das ist epidemiologisch nicht nur in Deutschland nicht geklärt, das ist nicht einmal in Italien klar. **W i r** haben keine Übersterblichkeit.

Also: Das Einzige, was wir epidemiologisch wollen, ist, dass wir nicht weniger Infizierte in unserem Plan anstreben, sondern genauso viele Infizierte – nur besser auf einen Zeitraum verteilt. Ist denn das wirklich ein Ideal? Das ist doch epidemiologisch und medizinisch ganz dünnes Eis, auf dem wir da stehen. Das Einzige, was sicher ist, ist der gigantische Schaden für die Wirtschaft. Die Therapie ist schädlich, das wissen wir. Wie schädlich die Krankheit ist, wissen wir noch nicht.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen den Mund sehr voll, wenn Ihre Rettungsmaßnahmen angekündigt werden. Aber können Sie denn das, was Sie hier vollmundig verkünden, einhalten? Ich glaube es nicht. Sie werden TUI retten, aber Tausende von Hotelbesitzern werden über die Wupper gehen.

(Unruhe)

Selbstverständlich wird Amazon nach der Krise noch fetter sein als vorher, aber der deutsche Mittelstand wird auf dem Boden liegen.

Die Maßnahmen, die hier getroffen werden, sind überzogen. Die ganzen Restaurantschließungen, die Schließung von Einzelhandelsgeschäften, das bringt doch medizinisch gar nichts. Das sind doch Gespinste!

(Zurufe – Unruhe)

Die meisten Maßnahmen, meine Damen und Herren – nicht einzelne Maßnahmen, sondern die meisten Maßnahmen –, sind überzogen. Schlimmer sind die politischen Auswirkungen. Die sind noch schlimmer als die wirtschaftlichen. Natürlich macht es Sinn, größere Versammlungen in geschlossenen Räumen zu verbieten, und es macht auch Sinn, Problempatienten besser zu quarantänisieren, aber eine Ausgangssperre macht medizinisch überhaupt keinen Sinn.

Das ist nicht meine Privatmeinung. Professor Kekulé hat kürzlich bei „hart aber fair“ das Gleiche gesagt. Eine Ausgangssperre ist medizinisch unsinnig, aber politisch der Einstieg in den Totalitarismus. Eine stärker einschneidende Maßnahme als eine Ausgangssperre gibt es doch gar nicht!

Meine Damen und Herren, jetzt soll auch noch das Grundgesetz geändert werden. Das Parlament soll nach Hause geschickt werden, einige wenige sollen dann entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden und welche nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich bin auch fertig.

(Vereinzelte Beifall)

Diese Coronapolitik ist medizinisch zweifelhaft, ist wirtschaftlich ruinös und politisch desaströs. Sie öffnet Tür und Tor für totalitäre Infrastrukturen. Sie ist der eleganteste Weg in eine neue Diktatur.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag zur Feststellung einer Naturkatastrophe nach § 18 Absatz 6 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung. Wer dem Beschlussvorschlag zustimmt – hier können die Regierungsmitglieder aufgrund der besonderen Situation ausnahmsweise von der Regierungsbank aus abstimmen –, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Beschlussvorschlag ist damit mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

Punkt 1 der Tagesordnung ist – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Einmütig!)

– Nein, es war nicht einstimmig. Es gab eine Enthaltung. Deshalb mehrheitlich.

(Zurufe)

– Zwei Enthaltungen. Okay.

(Abg. Winfried Mack CDU: Einmütig! – Unruhe)

Punkt 1 unserer Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in eine Mittagspause ein. Das war zwar nicht so vorgesehen, aber aufgrund – –

(Zuruf: Was?)

– Ja, es gibt noch einen Gesetzentwurf, der schriftlich vorliegen muss. Er muss noch vervielfältigt werden. Wir müssen ihn wenigstens gelesen haben, bevor wir nachher darüber entscheiden. Deshalb treten wir jetzt in eine Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:00 Uhr. – Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:49 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:18 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, bevor wir mit unserer Tagesordnung fortfahren, möchte ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann entschuldigen. Wie heute Morgen bereits angekündigt ist, ist er bereits seit 14 Uhr in einer Telefonkonferenz der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen mit der Bundeskanzlerin und daher nicht abkömmlich. Deshalb kann er an dieser wichtigen Sitzung nicht länger teilnehmen.

Wir setzen nun unsere Tagesordnung fort.

Herr Abg. Sckerl, bitte, zur Geschäftsordnung.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP stelle ich folgende Anträge:

Wir beantragen, den Tagesordnungspunkt 2 wie folgt zu erweitern: Als Tagesordnungspunkt 2 a soll neu aufgenommen werden: Erste und Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der vier genannten Fraktionen – Gesetz zur Feststellung einer Naturkatastrophe, der Höhe der Ausnahmekomponente und zur Festlegung eines Tilgungsplans nach § 18 Absatz 6 der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg –, Drucksache 16/7909. Dieser Gesetzentwurf wurde soeben an Sie verteilt.

Der bisherige unter Tagesordnungspunkt 2 vorgesehene Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt wird – so unser Vorschlag – dann Tagesordnungspunkt 2 b.

Wir beantragen, beide Punkte – 2 a und 2 b – in der Aussprache gemeinsam und ohne Verlängerung der Redezeit zu behandeln. Es gilt die vereinbarte Redezeit von fünf Minuten je Fraktion. Am Ende dieses Tagesordnungspunkts wollen wir nacheinander über die beiden Punkte abstimmen: zunächst über Punkt 2 a und dann über Punkt 2 b.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Weiter beantragen wir, dass bezüglich des unter Tagesordnungspunkt 2 a neu eingebrachten Gesetzentwurfs eine Verkürzung der Fristen zum Beratungsverfahren nach § 42 Absatz 2 und § 45 der Geschäftsordnung beschlossen wird.

Außerdem bringen die genannten vier Fraktionen zu Tagesordnungspunkt 2 b einen neuen Änderungsantrag ein, der ebenfalls soeben verteilt worden ist. Wir beantragen, am Ende der Aussprache bei den Abstimmungen unter Punkt 2 b auch über diesen Änderungsantrag abzustimmen.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. – Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir hätten normalerweise dem Antrag zugestimmt, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7909 auf die Tagesordnung zu setzen. Aber diese schäbige Ausgrenzung der AfD ist eine Unverschämtheit der Altparteien.

(Beifall)

Noch schlimmer ist es, dass dieser Änderungsantrag von uns nahezu kopiert wird

(Lachen – Zurufe, u. a.: Unglaublich!)

und dann in leicht veränderter Form von den Altparteien eingereicht wird. Das ist ein durchschaubares Spiel und Manöver der Altparteien. Deswegen werden wir hier keinesfalls zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Carola Wolle AfD: Immer noch die alten Spielchen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. Moment. Das war jetzt kein – –

Zum Geschäftsordnungsantrag: Ich lasse jetzt über den Antrag von Herrn Abg. Sckerl abstimmen. Wer dem Antrag – Erweiterung der Tagesordnung usw.; Sie wissen, welcher Antrag gemeint ist – zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist dem Antrag mehrheitlich – –

(Zuruf)

– Doch, ihm ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, aber da brauchen wir Einvernehmen!)

– Moment!

(Zurufe)

Also: Da der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung im Laufe der Debatte und nicht zu Sitzungsbeginn heute Morgen gestellt wurde und die AfD-Fraktion dagegen gestimmt hat, können wir die Tagesordnung gemäß § 78 Absatz 4 der Ge-

schäftsordnung nicht erweitern, weil mehr als fünf Abgeordnete dagegen gestimmt haben.

(Unruhe)

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion zwingt uns dann zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Ich beantrage, dass die laufende Sitzung des Landtags von der Frau Präsidentin beendet wird und dass Sie, Frau Präsidentin, unverzüglich eine neue Sitzung des Landtags einberufen, bei der die Tagesordnung zu Beginn festgelegt wird.

(Beifall – Zuruf)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wer dem Antrag von Herrn Abg. Sckerl auf Schluss der Sitzung nach § 79 der Geschäftsordnung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Antrag ist damit mehrheitlich zugestimmt. Vielen Dank.

(Abg. Anton Baron AfD: Unverschämtheit! Absolute Ausgrenzung! Unglaublich!)

Damit ist die Sitzung beendet.

Aber ich berufe nach § 78 Absatz 5 der Geschäftsordnung die nächste Plenarsitzung in 15 Minuten ein. Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

Tagesordnungspunkt 1 der jetzigen, 115. Sitzung ist schon heute Vormittag erledigt worden.

Die Tagesordnung der 116. Sitzung lautet

(Unruhe)

– ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten – nach den von Abg. Sckerl genannten Gesetzentwürfen:

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/7470

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/7728

Berichterstatter: Abg. Andreas Kenner

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe!

Punkt 3:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 (AGZensG 2021) – Drucksache 16/7823

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/7893

Berichterstatter: Abg. Dr. Rainer Podeswa

(Präsidentin Muhterem Aras)

Punkt 4:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Aufhebung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (Bildungszeitgesetzaufhebungsgesetz – BzGAufhG) – Drucksache 16/7045

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/7878

Berichterstatter: Abg. Claus Paal

Punkt 5:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/7463

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/7891

Punkt 6:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 16/7779

Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/7894

Punkt 7:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landeswohnraumförderungsgesetzes – Drucksache 16/7895

Das ist die Tagesordnung.

Wir starten mit der neuen Plenarsitzung um 14:40 Uhr. – Danke.

Schluss: 14:26 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

Wahl weiterer stellvertretenden Mitglieder des Notparlaments

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Bogner-Unden
Braun
Erikli
Filius
Grath
Hahn
Halder
Hentschel
Katzenstein
Kern
Krebs
Lösch
Marwein
Dr. Murschel
Niemann
Pix
Poreski
Renkonen
Saebel
Salomon
Schoch
Schwarz, Andrea
Seemann
Walter
Wehinger
Zimmer

18.03.2020

Andreas Schwarz und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Dr. Becker
Burger
Deuschle
Dörflinger
Freiherr von Eyb
Gentges
Gramling
Gurr-Hirsch
Hagel
Hartmann-Müller
Hauk
Hockenberger
Dr. Hoffmeister-Kraut
Huber
Klein
Klenk
Lorek
Martin
Nemeth
Neumann-Martin
Paal
Philippi
Dr. Rapp
Schebesta
Dr. Scheffold
Schuler
Dr. Schütte
Stächele
Wald
Wolf
Zimmermann

18.03.2020

Dr. Reinhart und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Born
Dr. Fulst-Blei
Gruber
Hinderer
Hofelich
Kenner
Kleinböck
Nelius
Rolland
Selcuk
Stickelberger
Weber
Dr. Weirauch

17.03.2020

Stoch und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der AfD

Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Baron
Dr. Baum
Dürr
Gögel
Klos
Dr. Podeswa
Rottmann
Räpple
Senger
Stauch
Voigtmann
Wolle

18.03.2020

Gögel und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Wahl der stellvertretenden Mitglieder im Notparlament

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Brauer
Fischer
Dr. Goll
Hoher
Karrais
Keck
Reich-Gutjahr
Dr. Schweickert

17.03.2020

Dr. Rülke und Fraktion